Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

GERADEWEGS IN DEN SUMPF

****

Die Gruppe der ehemaligen Zentristen im KB – eine Schädlingsorganisation

SONDERNUMMER – Preis: S 10,-

Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Barbara Waldschütz. Alle: 1052 Wien, Kl.Neug.11/18. Eigendruck

Die Mitglieder der Gruppe, die wir bei der Spaltung des KB im März zurückgelassen haben, sind in den letzten Monaten verschiedene Wege gegangen. Der größte Teil der offenen Rechten aus Wien hat sich mittlerweile endültig vom Kommunismus und Parteiaufbau distanziert und sich freudig in die weiten Gefielde der Wiener "Linken" und "Alternativszene" zerstreut. Ein weiterer Teil ehemaliger KB-Mitglieder hat sich teils aus Demoralisierung, teils aus Unentschlossenheit völlig aus der Politik zurückgezogen. Übriggeblieben ist letztendlich nur mehr eine kleine Minderheit, die weiterhin in gewisser Weise organisiert tätig ist. Sie besteht neben einem Teil der offenen Rechten vor allem aus dem zentristischen Teil des alten KB. Obwohl diese Minderheitsgruppe politisch praktisch keinerlei Bedeutung hat, scheut sie doch nicht davor zurück, sich, wenn sie dann und wann an die Öffentlichkeit tritt, des Namens unserer Organisation, sowie unseres Zentralorgans zu bedienen, um von Tradition und Ansehen des Kommunistischen Bundes Österreichs zu profilieren.

Diese Minderheitengruppe, der es bisher gelungen ist, einige Verwirrung zu stiften, hat allerdings mit dem Kommunistischen Bund Österreichs außer ihrer früheren Mitgliedschaft nicht das geringste zu tun. Auch handelt es sich bei ihr nicht um eine zweite marxistisch-leninistische Organisation; und das nicht etwa deshalb weil es prinzipiell bloß eine marxistisch-leninistische Organisation geben kann, sondern deshalb, weil sie es einfach nicht ist; weil sie auf die entscheidenden Fragen bürgerliche Antworten gibt, in entscheidenden Fragen eine bürgerliche Politik praktiziert und im Grunde genommen eine durch und durch bürgerliche Organisation ist, wie wir im folgenden kurz darstellen wollen.

VON SPIEGELFECHTERN GEGEN DIE LIQUIDATOREN ZU LIQUIDATOREN REINSTEN WASSERS

Das Liquidatorentum, das es im Kommunistischen Bund bis zur Spaltung gab und das ihn seit Monaten lähmte, war nichts anderes, als der Ausdruck einer um sich greifenden revisionistischen Desorientierung und Zersetzung, die immer stärker jeglichen praktischen revolutionären Schritt in Frage stellte und damit auch den revolutionären Aufbau unserer Organisation untergrub. Die liquidatorische Politik war also Ausdruck einer bestimmten Ideologie und selbstverständlich konnte es keinerlei bestimmte Haltung zum Liquidatorentum geben, die nicht auch eine bestimmte ideologische Haltung, eine Haltung zur Frage Marxismus-Leninismus oder Revisionismus war.

Die Zentristen, die die heutige Minderheitsgruppe bilden, zeichneten sich bereits damals durch folgende Haltung zum Kampf gegen das Liquidatorentum aus: In Worten waren sie radikale Gegner des Liquidatorentums; zu ihnen zählten selbst solche, die von sich behaupteten, immer schon und eigentlich überhaupt als Allererste die Gefährlichkeit des Liquidatorentums erkannt und den Kampf dagegen aufgenommen zu haben. Praktisch haben die Zentristen jedoch bis zur Spaltung keinerlei Schritt, nicht einmal den kleinsten gesetzt, der sich gegen das Liquidatorentum gerichtet hätte. Im Gegenteil. Unmittelbar vor und nach der Spaltung 'vergaßen' sie völlig auf ihren Kampf gegen die Liquidatoren und schlossen sich mit den offenen Rechten zu einem Block gegen all die Kräfte zusammen, die unsere Organisation davor bewahren wollten, die Farbe zu wechseln und als revisionistische Organisation endgültig unterzugehen.

Dieser offensichtliche Widerspruch wurde dadurch erklärt, daß die Organisation noch nicht reif sei für die Spaltung, daß sie dem Liquidatorentum noch nichts entgegenzusetzen habe, weil sie mit dem Revisionismus noch nicht abgerechnet habe, usw. Zum Kampf gegen das Liquidatorentum hieß es im (später unerledigt gebliebenen) "Rechenschaftsbericht" der rechten ZK-Fraktion, er diene "objektiv der Verteidigung des Festhaltens an den eigenen falschen Auffassungen und Standpunkten". Und in einer mit "ZK" unterzeichneten Erklärung hieß es über die Genossen, die aktiv für die Spaltung eingetreten waren, daß sie "vor allem" ablehnten, "mit Revisionismus und Opportunismus in den eigenen Anschauungen und in der eigenen praktischen Tätigkeit zu brechen".

Bereits damals wurde also praktisch eine liquidatorische Linie verfolgt. Die rechte Strömung wurde in Worten zwar kritisiert, aber der Kampf gegen sie wurde für unmöglich erklärt. Die Organisation wurde praktisch zur "offenen Festung" erklärt,

die bedauerlicherweise derzeit nicht zu verteidigen sei. Und es wurde der rechten Strömung sogar insofern recht gegeben, als erklärt wurde, ein Festhalten an den Grundlagen der Organisation sei ein "Festhalten an falschen Auffassungen und Standpunkten". So wurde in der Zeit unmittelbar vor und nach der Spaltung der rechten Strömung vorerst einmal überall konzidiert, daß es eigentlich ganz gerechtfertigt sei, heute alles in Frage zu stellen, während alles was man vorgab gegen die Rechten stellen zu wollen, auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben wurde. "Das ZK ist der Auffassung, daß der Bruch mit dem Opportunismus und der Kampf um eine revolutionäre Ausrichtung der Organisation auf der bevorstehenden Nationalen Delegiertenkonferenz und mit der Debatte um den Rechenschaftsbericht eingeleitet (!) werden soll", hieß es in der Erklärung des "ZK". Dem notwendigen Bruch mit dem Revisionismus und Liquidatorentum wurde also die "Einleitung" des Bruchs entgegengestellt und auch die nicht sofort, sondern auf einer "DK", die sich, wie schon von vorneherein feststand zu einem guten Teil aus bürgerlichen Kräften zusammensetzen sollte. Diese zentristische Linie im Kampf zwischen der revolutionären und der rechten Strömung, die damals vor allem einen "legalen" Rahmen für die Liquidationspolitik, sowie deren revolutionäre Rechtfertigung bewirkte, ist allerdings inzwischen, nachdem mit der Spaltung der Revolutionäre und dem Austritt der offenen Rechten der Gegner weggefallen ist, selbst zu einer liquidatorischen Linie reinsten Wassers geworden.

Bekanntlich ist die als Wundermittel angepriesene "DK" trotz Spaltung und Austritten des größten Teils der Restorganisation unerschütterlich durchgezogen worden. Die Ergebnisse, die nach sechs Wochen und vier Etappen herauskamen, sind sehenswerte Dokumente des Liquidatorentums.

Über den "Rechenschaftsbericht", der eigentlich zur Annahme oder zur Ablehnung vorlag, konnte keine Mehrheitsmeinung gebildet worden, was daran lag, daß er von der großen Mehrheit zwar abgelehnt wurde, jedoch aus jeweils verschiedenen Gründen. So wurde er einfach "links" bzw. rechts liegen gelassen. Statt dessen wurde eine Resolution zum Parteiaufbau, eine Resolution über die kommende Tätigkeit, eine Resolution zur "Wiederherstellung der Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit" und eine Resolution über die Spaltung beschlossen.

Liquidatorisch beim Organisationsaufbau

Von all dem, worum im alten KB bis zur Spaltung ein harter Kampf geführt worden ist, von all dem, wovon es geheißen hat, es könnte ausschließlich durch die DK erreicht werden, findet sich keine Spur. Keine Spur von einer Abrechnung mit der rechten Strömung, keine Spur von einer Reorganisierung der Organisation nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus, keine Spur von der Aufnahme der Massenarbeit, insbesondere bei den Betrieben, keine Spur von antiimperialistischer Arbeit, vor allem von der Kampuchea-Solidarität.

Statt dessen handelt der ganze erste Punkt der "Resolution II" davon, warum all das nicht praktiziert werden kann: Weil man all das, was man dazu braucht, weil man all das also, was man braucht um heute in Österreich ein Kommunist zu sein, nicht nur wollen, sondern erst 'erarbeiten' muß. Dementsprechend auch die Aufgaben, die die Resolution nennt: Debatte über den rechten Programmartikel von G. St., Konferenz über die bisherigen Erfahrungen der Schulung, Debatte über die Zeitung - falls diese weiterhin erscheinen kann, Arbeitskonferenz mit Genossen aus (ehemaligen) Betriebszellen, Einrichtung von Frauenausschüssen, Einrichtung von Frauenzellen, Festlegung von Anleitungs- und Mitspracherecht zwischen KB und ML-Studentenorganisationen, Abziehung von Zellengenossen für Untersuchungs- und Schulungsprojekte, Ersetzung, vor allem aber Ergänzung der zentralen Anleitungstätigkeit durch Referententätigkeit, Arbeitskonferenz zur ersten Überprüfung der Gewerkschaftsresolution, sowie als glanzvollen Abschluß: Das Projekt einer Arbeitskonferenz über die in der Umsetzung der Resolution der NDK erzielten Fortschritte. Soll das der Tätigkeitsplan einer kommunistischen Organisation sein? Was wir vor uns haben, ist geradezu das Modell einer Organisation nach dem Geschmack der rechten Strömung, die es im alten KB gegeben hat, ist gerade das, was die Zentristen immer wieder vorgegeben haben, nur durch die DK verhindern zu können. Für die Reorganisierung "des KB" und seiner Tätigkeit scheint die "DK" also nicht viel gebracht zu haben.

Liegt das vielleicht daran, daß die Zentristen mit all ihren wohlgemeinten Vorschlägen von den Rechten einfach brutal niedergestimmt wurden? Darüber klärt uns die Vorbemerkung der "Resolution I" auf: "Auf dem derzeitigen Stand der Auseinandersetzung ... unmittelbar eine Entscheidung über richtig und falsch anzustreben, würde äußerst negative Folgen haben". Nämlich: "Statt einer Einheit auf höherer Grundlage ... eine weitere prinzipienlose Spaltung". Das alte Lied also, das während der Spaltung die Entscheidung für die "a.o.NDK" versprach und das nun, nach dieser "DK" die Entscheidung für die nächste "DK" verspricht, die "in ungefähr einem halben Jahr, spätestens Ende 1980, einen entsprechenden Abschluß" bringen wird.

Tatsächlich geht es aber nicht um "richtig oder falsch". Darum ginge es, wo es gilt, eine revolutionäre Linie auszuarbeiten. Aber daß dies hier gar nicht die Frage ist, zeigt sich ja allein darin, daß es hier eine Linie ja schon gibt. Und die Entscheidung über diese Linie ist jedenfalls längst gefällt. Es ist ja dieselbe liquidatorische Linie, die es im KB schon vor der Spaltung gegeben hat, gegen die der Kampf geführt wurde und die nun bei der Minderheitsgruppe zumindest "bis zur 2.o. NDK" weiterhin mit voller Kraft praktiziert wird, damit es vorher nicht etwa gar eine "prinzipienlose Spaltung" gibt.

Prinzipienlos sind also vor allem die, die sich von Revisionismus und Liquidatorentum abspalten, während all jene Meister der Prinzipienhaftigkeit sind, die Revisionismus und Liquidatorentum nicht etwa deshalb praktizieren, weil sie - Gott behüte - womöglich selbst Revisionisten und Liquidatoren sind, sondern gerade aufgrund ihrer Prinzipienhaftigkeit, die Revisionismus und Liquidatorentum gerade deshalb praktizieren, um eine prinzipienlose Abspaltung von ihm zu verhüten. Eine einleuchtende Sache. Worin der "entsprechende Abschluß" dieses Prozesses liegen soll, den die "2.o.NDK" ganz sicher bringen wird, wenn es überhaupt einen formellen "Abschluß" geben soll, läßt sich jetzt schon leicht ausrechnen.

... und liquidatorisch bei der praktischen Arbeit

Wer nun etwa glauben mag, hier ginge es bloß um Papier, welches allein gar nichts aussagen könne, der braucht sich allerdings nur anzusehen, wie sich die Minderheitsgruppe in den letzten Monaten entwickelt hat und er wird feststellen, daß der Liquidationskurs sich voll durchgesetzt hat. Es gibt keinerlei innere Strukturen mehr, die "Zellen" arbeiten nicht mehr. Die "Leitungsorgane" sind per "DK-Beschluß" reduziert worden - ein ständiges Leitungsorgan ist gar nicht mehr nötig. Es gibt keine Massenarbeit und in der Zeit zwischen Anfang März und Mitte Juni sind gezählte 3 (drei) Flugblätter erschienen. So besehen ist es auch kein Wunder, daß die Gruppe damit zu kämpfen hat, daß sich ein weiterer, nicht unbeträchtlicher Teil der Mitglieder der "Organisation" nicht auf dem Wege wachsender Inaktivität und Uninteressiertheit völlig entzieht.

Hohles Geschwätz - Die "Arbeit" der Minderheitsgruppe am Beispiel ihrer Zeitung

Ein eigenes Kapitel ist in diesem Zusammenhang die Geschichte der Zeitung der Minderheitsgruppe. Nachdem die Gruppe während der Spaltung fast den gesamten technischen Apparat des alten KB usurpiert hatte, gab sie noch fünf Wochen lang - allerdings äußerst unregelmäßig - eine Zeitung heraus. Aber was für eine? Sie erschien mit reduziertem Umfang, bestand zu 20% aus "Dokumenten des ZK" bzw. der "DK", hatte keinerlei durchgehende Linie und Ausrichtung und war ganz unverkennbar nicht auf die Erreichung irgendwelcher politischer Ziele gerichtet.

Dazu muß gesagt werden, daß einer der Hauptauseinandersetzungspunkte zwischen Revisionismus und Marxismus-Leninismus die Frage einer kommunistischen Wochenzeitung, die Frage des Zentralorgans des KB war. Die Liquidatoren traten vehement für die Abschaffung des Zentralorgans ein und sabotierten auch nach Kräften dessen technische Herstellung und dessen Vertrieb. Statt eines Zentralorgans des KB, das sich an die Massen richtet und das Hauptinstrument der kommunistischen Agitation und Propaganda bildet, forderten sie ein 'linkes' Diskussionsblatt, in dem man nach Herzenslust die Abkehr von der Revolution rechtfertigen, und diesen Weg

auch noch rühmen kann. Die fünf Zeitungen, die die Minderheitsgruppe schließlich nach der Spaltung herausbrachte, waren bereits der erste Schritt in Richtung Abschaffung des Zentralorgans.

Als fünf Wochen nach der Spaltung die Druckerei, die bisher den "KLASSENKAMPF" hergestellt hatte in Konkurs ging, war dieser, im Grunde banale Vorfall für die Minderheitsgruppe der Vorwand zur endgültigen Einstellung ihrer Zeitung. Und das, obwohl die "DK" der Minderheitsgruppe noch knapp zuvor "eindeutig" festgelegt hatte, daß, die Zeitung weiterhin zu erscheinen habe. "Wir sind auf Grund der letzten Entwicklungen und großer finanzieller Schwierigkeiten vorrübergehend nicht in der Lage, den wöchentlichen "Klassenkampf" und den monatlichen "Kommunist" herauszugeben. Dafür bitten wir unsere Abonnenten und Leser um Verständnis. Wir werden möglichst rasch wieder die Voraussetzungen für eine regelmäßig erscheinende kommunistische Presse zu schaffen versuchen ..." hieß es im Mai-Flugblatt der Minderheitsgruppe zur Einstellung der Zeitung. Seltsamerweise hatte zum gleichen Zeitpunkt der KB Österreichs, der von der Minderheitsgruppe so gerne als kleine Abspaltung etc. bezeichnet wird, bereits einen technischen Apparat aufgebaut und drei Ausgaben des KLASSENKAMPF, eine Sondernummer, sowie zahlreiche Flugblätter, Betriebszeitungen und einige Plakate herausgebracht. Das war für uns auch unbedingt nötig. Ohne Zentralorgan und entsprechende weitere Publikationen wäre es undenkbar gewesen, die politische Arbeit zu reorganisieren. Und das war ja eines unserer unmittelbaren Ziele bei der Spaltung. Für die Minderheitsgruppe stellte sich die Sache offensichtlich völlig anders. Ihre politischen Pläne erforderten keinen raschen Aufbau des technischen Apparats und des Agitpropwesens. Was wäre denn das für eine kommunistische Organisation, die nur deshalb keine Publikationen mehr herausbringen kann, weil ihr der Staat, noch dazu nicht einmal von heute auf morgen, sondern bereits seit langem vorhersehbar, den technischen Apparat wegnimmt? Uns wurde der technische Apparat zwar nicht vom Staat, sondern von den ehemaligen Genossen weggenommen, aber in Bezug auf die Unmöglichkeit der Herstellung von Publikationen machte das für uns wahrlich keinerlei Unterschied. Trotzdem kam deshalb niemand bei uns auf den Gedanken, daß es nun darum gehe, zu lamentieren und die Hände in den Schoß zu legen. Es zeigt sich auch hier der liquidatorische Charakter der Politik der Minderheitsgruppe, die die Schwierigkeiten nicht zum Anlaß nimmt sie zu bekämpfen, sondern mit deren Existenz ihr Abgehen vom revolutionären Weg rechtfertigt.

Seit der letzten Zeitung der Minderheitsgruppe vergingen fast drei Monate, bis daß das Versprechen aus ihrem Mai-Flugblatt wahrgemacht wurde. Die Tatsache, daß sie ein Vierteljahr nicht in der Lage war, eine Zeitung herauszubringen sagt einiges. Verständlicher wird dieser lange Zeitraum des Nichtstuns, wenn man das Papier eines frischgekürten "ZK-Mitglieds", das mit der Vorbereitung der Zeitungsherausgabe betraut war, zu Rate zieht. Es handelt sich bei diesem (übrigens fast 20 Seiten starken) Papier um die umfangreichste Sammlung bodenloser und beliebig zusammengewürfelter Phrasen, die man je gesehen hat. In einer Situation, in der sich eigentlich jedes Mitglied der Minderheitsgruppe, wie man annehmen sollte, fragen hätte müssen, warum es noch immer keine Zeitung gibt und was nun eigentlich zu tun ist, um mit dreimonatiger Verspätung den eigenen Beschlüssen und öffentlichen Versprechungen wenigstens halbwegs Genüge zu tun, schien den Verfasser des Papiers alles, aber wirklich alles zu beschäftigen, außer diesem.

Die plumpesten Allgemeinplätze glaubt der gute Mann ebenso nötig unter die Leute bringen zu müssen, wie die ausgetüfteltsten und verrücktesten Spinnereien, die man jemals in einem Arbeitspapier (immerhin trägt es den Untertitel: "Grundlagen für den sofortigen (!) Beginn des Aufbaus eines ZO") gesehen hat. So finden wir die fundamentale Einleitung, daß die Zeitung "hohes Niveau" haben muß, was sich so begründet: "Weniger denn je (wie schade!) lassen sich die Zustände und Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus mit Oberflächlichkeit in den Griff bekommen". An anderer Stelle meint der Verfasser: "Die Enthüllungen und Darstellung tausender Momente, Fakten, Erfahrungen, Zustände, Kämpfe usw. (was es da unter "usw." nicht alles aufzuzählen gäbe!) ... sind die Motoren der Empörung (?), Unzufriedenheit und des Nachdenkens (?), ... sind die vielen kleinen Orientierungspunkte, die der Erkenntnis einer Gesamtorientierung, einer großen (billiger geht's nicht) politischen Linie zum Durchbruch (?) verhelfen, ... sind das Füllwerk, das um ein inneres Gerüst gemauert werden muß, um das Gebäude der Bewußtheit der Arbeiterklasse zu errichten". Eine

wahrhaft konkrete Richtlinie zum "sofortigen Beginn des Aufbaus". Ebenso wertvolle Überlegungen birgt der Satz: "Jede alltägliche Erscheinung führt uns hin auf grundlegende Widersprüche (na sowas!) und die genauere Betrachtung (?) führt uns zur Erkenntnis der Entwicklung der Wirklichkeit". Eine Handlungsanleitung, die bis hin zur Revolution Gültigkeit behält, findet sich im Satz: "Die Behandlung dieser hunderten 'kleinen' Widersprüche (nämlich der 'alltäglichen Erscheinungen', die uns 'hinführen auf grundlegende Widersprüche', deren genauere Betrachtung uns wiederum führt "zur Erkenntnis") führt zum Schüren der Empörung, Aufstellung erster Forderungen, Hinführung auf die grundlegende, revolutionäre Lösung der Frage". Die Krönung dieses Gedankengerüsts bzw. -füllwerks bildet allerdings die Feststellung "In Entwicklungen (!) von Prozessen (!) spielen bestimmte Kernfragen, bestimmte unerschütterliche (unerschütterlich müssen's schon sein) materielle (und materiell auch) Tatsachen, die vom Hauptwiderspruch ausgehen (auch das noch!) eine treibende, bestimmte Rolle".

Nachdem die allgemeine Grundlage gelegt ist, wendet sich der Meister der konkreten Zeitungsproblematik zu. Unter der pompösen Überschrift "Zu Formen von Analysen und Enthüllungen" lesen wir etwa: "Analysen müssen nicht nur (!) lang sein... Kurze Meldungen können Momente (?) einer Analyse darstellen". "Eine rein informative Meldung ist zu wenig. Man wird sich die Sache näher anschauen (!) müssen". "Aber mehr als eine relativ kurze Meldung muß dabei trotzdem nicht herauskommen." "Natürlich braucht man auch zusammenfassende Artikel. Aber sie allein bringen natürlich (?) nicht viel". Als Endprodukt der Erkenntnis der Wirklichkeit "nach näherer Betrachtung" heißt es schließlich: "Enthüllungen müssen weder immer kurz, noch immer lang sein". Und: "Vor allem (?) kurze Enthüllungen zeichnen lebendige Bilder" (Und die langen?) und: "Zusammengestellte (?) Reportagen hinterlassen tiefe Eindrücke". Soweit die Richtlinien zur Gestaltung der Zeitung.

Nun wird es aber erst interessant. Nun kommen wir zu den Informationsquellen für die Zeitungsarbeit. Als Einleitung natürlich ein wissenschaftlicher Satz: "Die gesellschaftliche Wirklichkeit, der Klassenkampf, die Produktionsverhältnisse, die Wissenschaft, (die Äpfel und Birnen, das Kraut und die Rüben etc.) spiegeln sich der Hauptseite nach (?) in doppelter Weise (?) wider: Erstens in den unmittelbaren, sinnlichen und praktischen Erfahrungen der Arbeiterklasse und der Volksmassen. Zweitens in den vielfältigen Darstellungen, in der Propaganda, in wissenschaftlichen (ohne das geht es nicht) Abhandlungen, Statistiken usw. der Bourgeoisie".

Was für ein haarsträubender Unsinn. Was heißt, die Wirklichkeut spiegelt sich doppelt wieder? Wieso gerade doppelt und nicht dreifach, oder siebenfach? Hängt das davon ab, wieviel Vierterl man intus hat?

Und wenn schon doppelt, wieso gerade a) in den Erfahrungen der Arbeiter und b) in der Propaganda der Bourgeoisie? Warum nicht a) in der Propaganda der Arbeiter und b) in den Erfahrungen der Bourgeoisie? Welch haltloses Geschwätz! Aber wenigstens erfahren wir, wozu die ganze Sache aufgerollt wird. Flugs wird nämlich "erstens" zu "b)" und "zweitens" zu "a)". Während der Autor fast zwei Seiten darüber schreibt, wie man als Kommunist seinen Hosenboden in Bibliotheken und Archiven abzuwetzen hat, fällt ihm über die Nutzbarmachung der "unmittelbaren und sinnlichen und praktischen Erfahrungen der Arbeiterklasse" nichts ein, außer daß sie nötig und "ein Schritt der Herausbildung von Revolutionären, die eine feste Verbindung zur Arbeiterklasse und den Volksmassen haben" ist.

Ebenso viel hat er dann auch zur "systematischen Bearbeitung der ersten Quelle" zu sagen. "Tägliche Durcharbeitung von wichtigen inländischen und ausländischen Tageszeitungen, von Nachrichtendiensten. Hier kann ruhig (!) ein relativ breites Netz gezogen werden". "Was heißt Durcharbeitung und Auswertung?" "Gründliches Lesen, archivieren, Karteikarten nach Sachgebieten anlegen, Fragestellungen festhalten, Artikel-, Meldungs-, Projektsvorschläge aus dem vorliegenden Material machen. Das Material binden (zu Aktenbündel?), auf Tonbänder aufnehmen ..." "Diese ganze Bearbeitung kann nicht nur (!) aus einer Zentralstelle erfolgen ... Wir brauchen eine zentrale Redaktion mit Aussenstellen, möglichst in allen (!) Bundesländern ... Dann (!) brauchen wir Ortsstellen, sie werden dem Charakter nach – vorläufig nicht unbedingt personell – sich von den Außenstellen dadurch unterscheiden, daß sie sich mehr (!) mit dem örtlichen Material beschäftigen. Letztlich (!) brauchen wir auch Zellenstellen, wenn (!) sich die Bewegung (?) entwickelt ..."

Und für alle, die glauben, hier handle es sich um irgendeine utopische und ne-

benbei noch haarsträubend zusammenkonstruierte Spintisiererei, folgt der Satz: "Die ganze Problematik, die bei so einem Konzept noch (!) zu lösen bleibt ist ...", ja was das ist, darauf würde wohl niemand kommen, "... ist die Frage der einheitlichen Karteiführung". Aber auch dafür ist gesorgt: "Mit einem Zentralcomputerspeichersystem (!) könnten spielend (ein wahres Wort) alle Karteinachrichten zentral erfaßt werden". Und für die hartnäckigsten Zweifler: "Es wird uns zweifelsohne auch ohne dem gelingen (na, Gott sei Dank!), den Erfordernissen Rechnung zu tragen."

Nachdem die "systematische Bearbeitung der ersten Quelle" derart erschöpfend behandelt ist, genügt zur "zweiten Quelle" die Feststellung: "Wie das gemacht werden muß ... das sind zweifelsohne Fragen, auf die noch nicht ausreichend Antwort gegeben wurde. – Eine Aufgabe, die wir uns stellen müssen". Nachdem nun die Quellen ausgeschöpft sind, folgt ein genauer Redaktions-Arbeitsplan. Einer, der so genau ist, daß er sogar festhält: "Eine Redaktionskonferenz legt fest, wer was schreibt" (das ist wirklich einmal etwas Neues!). Es wird aber noch konkreter: "Die verantwortlichen Redakteure informieren die Artikelschreiber, Projektuntersucher, etc. telefonisch". Und: "Eine Woche nach der ersten Redaktionskonferenz findet wieder eine statt" (vielleicht könnte man die Konferenz, die nach der ersten stattfindet "die zweite" nennen?). Und schließlich folgt nach der Feststellung, daß man sich noch keine "Nachrichtenübermittlungssysteme" leisten kann die traurige Feststellung: "Heute wird man mit Telefon und Briefe auch auskommen, wenn das auch noch größere Anforderungen an die Disziplin stellt". Wie schön es doch wäre, würden nicht immer so gottverdammte Anforderungen an die gottverdammte Disziplin gestellt. Nach dieser entscheidenden Aussage über die Disziplin der Redaktionsarbeit kommen wir (inzwischen auf Seite 18) zur Bemerkung, daß dieses "Konzept" (Was heute schon alles unter den Namen 'Konzept' läuft!) einerseits "durch und durch unrealistisch" ist, andererseits "nicht unrealistisch, sondern notwendig". Warum? Weil sich das "Konzept" richtet, "an die ganze 'kommunistische Bewegung' und ihre Kontakte mit der Arbeiterbewegung". Und wer nun wissen will, was das ist, wird nicht enttäuscht: "Einerseits ist sie (die kommunistische Bewegung) scheinbarer Unsinn, andererseits ist sie Tatsache und auch (!) Notwendigkeit". Und für all jene, die mit dieser kristallklaren Definition nichts anfangen können, folgt, daß es sich hierbei nicht etwa um verschiedene Organisationen, womöglich gar u.a. um den "superrevolutionären KB" handelt ("Man kann sich nicht kleinbürgerlichen und bürgerlichen Führern anvertrauen"), etwa gar um solche Vulgärmarxisten, die sich vor den Betrieb, oder auf die Straße stellen, sondern um "Kräfte, die in ihrem Anspruch von ein und der selben programmatischen Orientierung ausgehen (!), und die an der Vertiefung und Konkretisierung dieser Orientierung (!) arbeiten (!) wollen (!)".

Kurz und gut, nachdem wir uns bereits 20 Zeilen vor dem Ende des "Konzeptes" "für den sofortigen Beginn des Aufbaus" etc. befinden, folgt die Enthüllung: "Warum es heute nur ein ZO unserer Organisation geben kann". Hier scheint dem Verfasser eingefallen zu sein, daß er darüber schreiben wollte, was seine Organisation nun eigentlich machen soll. Schnell schüttelt er diesen lästigen Gedanken ab und schreibt: "Mit den beschränkten Kräften unserer Organisation heute eine politische Massenzeitung herauszugeben, heißt nicht, nicht einem solchen Konzept zu folgen, wie dargestellt, sondern die Arbeit in angemessenem (wie konkret!) Maße nach dem Gesamtplan (nach welchem?) zu entwickeln". Und da die Frage danach, was nun eigentlich wirklich geschehen soll, von 20 Seiten wüstestem Geschwätz völlig unbeeindruckt immer noch drohend im Raum steht, verschiebt der Autor das Thema, um das es eigentlich gegangen wäre nach ausreichender Behandlung auf die nächste "ZK-Sitzung": "Welche Abstriche uns heute diese Situation aufzwingt, kann leicht beraten werden". Und mit diesem bedeutungsvollen Satz schließt das fundamentale Werk.

Fände man nicht Zeile für Zeile des würdevollsten Ernstes in diesem "Konzept" "für den sofortigen Beginn des Aufbaus", müßte man fast den Eindruck gewinnen, die Minderheitsgruppe wäre genau dem Typus von betrügerischem Spaßvogel aufgesessen, den Hans Christian Andersen vor 150 Jahren im Märchen "Des Kaisers neue Kleider" so trefflich dargestellt hat. Wer jedenfalls nicht verstehen kann, warum die Minderheitsgruppe über ein Vierteljahr keine Zeitung herausbringen konnte, wird nach diesem Blick hinter die Fassade des potemkinschen "KB" bestimmt Verständnis dafür aufbringen. Allein die Tatsache, daß in einer Situation, in der eigentlich gehandelt werden müßte ein solch sinnloses Geschwätz von einem "ZK-Mitglied" als "Arbeitspapier" vorgelegt werden kann, spricht Bände. Und wenn man sich nun gar noch vorstellt, daß sich – bevor "vorschnelle Entscheidungen" getroffen werden, erst eine Diskussionsrunde zusammenfinden muß, die nun das Konzept wissenschaftlich diskutiert und prüft, dann wäre die wohl – falls sie sich so lange zum nötigen Ernst zwingen kann – damit noch heute beschäftigt. Wäre also dieses Papier tatsächlich als "Grundlage" (wie es sich so schön betitelt) verwendet worden, hätte die Minderheitsgruppe niemals eine Zeitung herausbringen können. Daß nun doch eine Zeitung erschienen ist, zeigt deutlich, wie hohl all das Gerede davon ist, daß, so wie die Minderheitsgruppe es mit ihrer ganzen Politik vorgibt zu halten, die "neue" Zeitung Ergebnis einer Überprüfung der alten Zeitung ist. Ein Dampfplauderer hat sich hingesetzt und einen Haufen Unsinn über ein neues "Zeitungskonzept" zusammengeschrieben und dann ging man zur Tagesordnung über und machte einfach eine Zeitung. Nicht zufällig findet sich ja bereits in der ersten Ausgabe dieser Zeitung der Hinweis darauf, daß über Linie, Stil, Aufmachung und sogar Namen der Zeitung erst diskutiert werden muß, bevor etwas Endgültiges entschieden wird. Das ist die "inhaltliche Debatte" der Minderheitsgruppe.

Die Methode der "wissenschaftlichen Untersuchung"

Das Musterbeispiel einer "wissenschaftlichen Untersuchung", die die Minderheitsgruppe hat anstellen lassen (übrigens die einzige bisher bekannte), findet sich im "Vertriebskonzept für die Zeitung", das im Anhang zum zwanzigseitigen Zeitungspapier veröffentlicht ist und im übrigen von einem führenden Vertreter der rechten Liquidatoren stammt.

Wissenschaftlich ermittelt wird in diesem "Konzept" die mögliche Auflage einer Zeitung der Minderheitsgruppe. Gleich zu Beginn fällt der Autor bereits mit der Tür ins Haus und hält es "heute für möglich, heute in Österreich eine ML-Zeitung (!) herauszugeben, von der zwischen 5.000 und 10.000 Exemplare verkauft werden". Als wissenschaftliche Barriere gegen wissenschaftliche Einwände erklärt er unmittelbar danach vorsorglich: "Dies ist naturgemäß eine sehr grobe Schätzung, die allerdings nicht völlig (die Frage wäre: nicht wie völlig?) aus der Luft gegriffen ist".

Die Methode der wissenschaftlichen Untersuchung besteht übrigens darin, "daß der ML gegenüber dem modernen Revisionismus erfahrungsgemäß (!) eine bestimmte quantitative Stellung einnimmt".

In verständlicher Worte gekleidet bedeutet dies: die Kräfte "des ML" kennt man leider nicht. Aber zum Glück kennt man die Kräfte "des modernen Revisionismus". Und weil auf eine bestimmte Menge moderner Revisionisten "erfahrungsgemäß" immer eine bestimmte Menge von "Marxisten-Leninisten" kommt, weil das gleiche gilt für das Verhältnis von Wählern der modernen Revisionisten und von Wählern der "Marxisten-Leninisten", so gilt das gleiche natürlich auch für das Verhältnis zwischen den Lesern der Zeitung des modernen Revisionismus und Lesern der Zeitung "des Marxismus-Leninismus". Und so ist es "erfahrungsgemäß" wirklich bloß ein Kinderspiel, die mögliche verkaufbare Auflage einer "ML-Zeitung" zu bestimmen.

Die Rechnung sieht dann so aus: "Die Volksstimme hat in Linz eine Auflage von 3.500. Bei den letzten Wahlen erhielt die KPÖ in Linz zwischen 1.200 und 1.700 Stimmen, d.h. sie erreichte ein Verhältnis zwischen Zeitungsauflage und Wählerstimmen von 3:1 bzw. 2:1. Der KB hat in Linz Spitzenwerte von 600 verkaufte Zeitungen erreicht, längere Zeit hindurch etwa 400 Zeitungen verkauft. Das läßt auf ein Verhältnis zwischen KPÖ und KB von etwa 3:1 bis 4:1 (bei den Wahlen) schließen. Warum sollte man im Zeitungsverkauf nicht auf ein ähnliches Verhältnis schließen können? Das würde bei 50.000 bis 60.000 KPÖ-Wählern in Österreich auf etwa 100.000 bis 150.000 Auflage der Volksstimme schließen lassen".

Der Unsinn ist hier derart auf die Spitze getrieben, daß sich der Autor gleich nochmals vorsorglich zu rechtfertigen sucht: Er hat nämlich "die Sache" leider "nicht genauer untersucht". Und warum? "Weil mir heute (Samstag) genauere Zahlen nicht zugänglich sind". Wirklich ein Pech, daß man für die Wissenschaft nur an dem Tag Zeit hat, an dem "genauere Zahlen nicht zugänglich sind". Aber es macht nichts. Hauptsache die Methode stimmt. Die Ergebnisse müßten dann ohnehin "leicht zu überprüfen sein ... wenn man (!) einmal (!) in einem Pressehandbuch, oder in einer Medienanalyse nachschaut (!)". Und da das Fehlen jeglicher Unterlagen die Untersuchung nicht aufhalten darf, fährt er fort, indem er einfach wieder an den

Ausgangspunkt zurückkehrt, wo er ja bereits einmal schlichtwegs behauptete, was er nun als Ergebnis präsentiert: "... scheint mir eine Auflage von 5.000 bis 10.000 für eine ML-Zeitung durchaus nicht zu hoch gegriffen, sondern ein durchaus realistisches Ziel". Ja, in Gedanken kann man nie zu hoch greifen, und was das wirkliche Verkaufen betrifft, das braucht man als Liquidator sowieso nicht. Sehen wir davon ab, daß die Zeit, wo die KPÖ 60.000 Stimmen bekam, schon seit Jahren vorbei ist (dzt. ca. 45.000), und sehen wir davon ab, daß man schon ein mehr als weltfremder Mensch sein muß, um zu glauben die 'Volksstimme' hätte zwischen 100.000 und 150.000 Auflage (in Wahrheit ca. 40.000). Und sehen wir vor allem davon ab, daß uns all das bekannt ist, obwohl gerade Montag abend ist, obwohl gerade "genauere Zahlen nicht zugänglich" sind, obwohl wir nicht damit beauftragt sind, ein Vertriebskonzept für die Zeitung der Minderheitsgruppe zu erfinden und obwohl wir kein Vierteljahr darüber nachgedacht haben. Als Vulgärmarxisten sind wir froh darüber, daß man uns wenigstens einmal in die Hexenküche der wissenschaftlichen Analyse hineinriechen läßt, und vulgär wie wir sind, versuchen wir die Analyse selbst anzuwenden. Warum soll man aber gerade den modernen Revisionismus als Maßstab nehmen? Nehmen wir lieber die SPÖ. Die ist viel moderner und einflußreicher. Also: Die SPÖ hat eine Dreiviertelmillion Mitglieder, um die 2 Millionen Wähler und ein Zentralorgan mit etwa 100.000 Auflage.

Die Minderheitsgruppe hat etwa 40 bis 45 Mitglieder. Daraus ergibt sich dann eine Zeitungsauflage von etwa 300 Stück und ein Stammwählerkreis von 100. Das ist doch immerhin etwas, oder? Wir können die Rechnung aber auch anders anstellen. Wenn es der Minderheitsgruppe gelingt, 1.000 Zeitungen zu verkaufen, müßte es ein leichtes sein, 20.000 Wählerstimmen zu bekommen. Und immerhin müßte es dann auch möglich sein, 7.500 Mitglieder zu haben. Für den Fall, daß das Beispiel der SPÖ letztendlich zu restriktiv ausfällt, könnte man die Sache aber auch anders berechnen. Vielleicht könnte man die Gesamtauflage der österreichischen Zeitungen ins Verhältnis zur Gesamtzahl der Wähler setzen. Eine "grobe, aber trotzdem nicht aus der Luft gegriffene Schätzung" wird uns reichen. Gesamtauflage aller Zeitungen beträgt monatlich sagen wir 35 Millionen. Die Gesamtzahl der Wähler beträgt sagen wir 5 Millionen. Auf einen Wähler kommen also 7 Zeitungen. Wieviel Wähler hat der KB in Linz? Etwa 430. Dies multipliziert mit 7 ergibt knapp über 3.000. Und nun ist die Rechnung einfach. Wenn die KPÖ in Linz 3.500 Zeitungen verkauft und dem KB für seine Wähler 3000 verkaufte Zeitungen gebühren, wenn weiters die KPÖ in ganz Österreich 100.000 Zeitungen verkauft, dann ergibt sich für eine "ML-Zeitung" eine stolze Auflage von über 85.000, die abzusetzen ein "nicht zu hoch gegriffenes und durchaus realistisches Ziel" sein müßte.

So könnte man weiter und weiter rechnen. Die "Wissenschaft" ist schon etwas Feines.

Weil aber der Autor des Konzepts trotz aller Wissenschaft Angst vor der Wahrheit zu haben scheint, schlägt er abschließend vor, doch einfach einmal mit einer Auflage von 600 zu beginnen, wovon 300 Exemplare auf Abonnenten entfallen sollen. Wie die 45 Mann der Minderheitsgruppe die restlichen 300 verkaufen sollen, dazu fällt ihm außer "im Bekanntenkreis / am Arbeitsplatz" nichts ein, aber 300 wird immerhin leichter sein, als 4.700 oder 9.700.

Von solch durchgreifender Liquidierung jeglicher revolutionärer, was heißt revolutinärer, jeglicher Politik, hätten sich wohl nicht einmal die hartgesottensten Rechten vor der Spaltung träumen lassen. Und tatsächlich muß einem ja die Gruppe der ausgetretenen Wiener Rechten, die sich immerhin in die Woga geworfen hat, bzw. mit einem eigenen Komitee derzeit versucht, das Demokratische Kampuchea nach Kräften zu verunglimpfen, neben der Minderheitsgruppe vorkommen wie der wüsteste Haufen blinder Aktivisten, den man jemals gesehen hat.

In der Mai-Flugschrift der Minderheitsgruppe, die bereits nach dem Austritt der offenen Rechten verfaßt wurde, findet sich übrigens eine interessante Standortbestimmung. Es heißt darin: "Wir lehnen den Weg der 'revolutionären' Abspaltung ab, die Augen vor den vor uns stehenden Probleme weiter zu verschließen". "Wir setzen" auf "die organisierte inhaltliche Auseinandersetzung und Klärung der vor uns stehenden Fragen und Aufgaben". Dies gibt der ganzen Sache natürlich einen leichten Anstrich von Heldenmut. Denn die Minderheitsgruppe macht es sich nicht etwa so leicht wie

der 'revolutionäre' KB, der einfach unbekümmert Politik betreibt und dabei bekanntlich alles Falsche, worin die Organisation früher bestanden hat fortführt. Nein, ganz im Gegenteil. Gerade weil man es sich nicht leicht machen will, kann man eben heute nicht Politik machen. Gerade weil man bei sich selbst die härtesten Maßstäbe anlegt, beißt man eben in den sauren Apfel, statt vor dem Betrieb Flugblätter zu verteilen, sich lieber im Gasthaus zu Untersuchungsgesprächen einfinden.

Die Entfaltung praktischer revolutionärer Politik wird also seitens der Minderheitsgruppe nichts anderes entgegengesetzt, als "die Klärung der vor uns stehenden Fragen und Aufgaben". Auch das kennen wir längst, mußten wir es doch aus dem Munde der offenen Rechten monatelang mitanhören. Die "große Klärung" war bekanntlich das Hauptargument der Liquidatoren im alten KB und es hat sich nun herausgestellt, daß sie würdige Erben hinterlassen haben.

Alle Fragen sind ungeklärt - Politik ist unmöglich

Um in der Parallele weiterzugehen, muß man sich nur ansehen, was in dem Flugblatt der Minderheitsgruppe so alles unter "zu klären" läuft: "Wie soll der Kampf um den Aufbau revolutionärer Parteien erfolgreich geführt werden?", "Welche Lehren müssen aus der Entartung und Entwicklung der Sowjetunion aus einem sozialistischen Land in eine sozialimperialistische Supermacht gezogen werden?", "Welche aus der Entartung der früheren kommunistischen Parteien?", "Welche Aufgaben ergeben sich aus dem heutigen (?) Verlauf des internationalen Klassenkampfes?", "Welche Lehren sind aus der Entwicklung des Klassenkampfes in China zu ziehen?", "Was ergibt sich daraus (!) insbesondere für die Perspektiven (?) der Revolution auch (!) in den europäischen Ländern?"

Es ist natürlich klar: Wem all das unklar ist, von dem kann man nicht erwarten, daß er kommunistische Politik betreibt. Gegen diese Sammlung von ungeklärten Fragen erscheint einem ja der alte L.K. direkt als Waisenknabe, der sich "bloß" des Verbrechens schuldig machte, zu sagen, man könne heute ohne "Klärung" der "Stalinfrage" die sozialistische Revolution nicht propagieren.

All diese "offenen" Fragen zusammengenommen umfassen das folgende Gebiet: Worin besteht überhaupt eine revolutionäre Partei und wozu braucht man sie? Wozu führt der Revisionismus und wie muß er bekämpft werden? Ist die Sowjetunion überhaupt ein Feind der Völker und wenn ja, was soll man denn gegen sie tun? Und: Was soll man von den Chinesen halten und wozu braucht man überhaupt eine Revolution, was will man denn danach tun?

Es handelt sich hier um Fragen, in denen der KB seit seiner Gründung und dessen Vorläuferorganisationen ebenfalls seit ihrer Gründung prinzipiell eine klare Haltung gehabt haben. Wäre das nicht so gewesen, hätte es nie einen KB gegeben. Trotzdem aber schreibt die Minderheitsgruppe in ihrer Flugschrift: "Für den KB gilt, daß er sich diesen Fragen nicht wirklich gestellt hat, sich den Marxismus-Leninismus weder ausreichend angeeignet hat, noch in der Analyse dieser Fragen und in der Praxis sich weiterentwickelt hat".

Das ist eine ausgekochte Lüge. Sämtliche Mitglieder der Minderheitsgruppe haben, soweit sie Mitglieder des KB waren, dessen Programm anerkannt, das in allen erwähnten Fragen eine klare Linie festlegt. Wenn sich daran etwas geändert hat, dann sind es ihre Ansichten. Diesen Prozeß nun in der Weise darzustellen, daß der KB sich diesen Fragen "nie gestellt" hat, ja daß er sich nie den Marxismus-Leninismus angeeignet hat, ist schon eine unerhörte Gaunerei.

Es kommt aber noch bunter. In der gleichen Flugschrift wird nämlich noch die Ansicht vertreten, "daß diese Erscheinung nicht auf Österreich allein beschränkt ist" Und hier sind wir bereits bei der alten Theorie der "Krise des Marxismus" angelangt, die schon den Revisionismus vor hundert Jahren zur Rechtfertigung ihrer Entstellung des Marxismus dienen mußte und die auch von den offenen Rechten im alten KB immer wieder beschworen wurde.

Und nach diesem Abstecher in die "Praxis" sind wir auch schon wieder beim "Papier", denn die zitierten Stellen des Flugblattes wurden fast wörtlich einer weiteren "DK"-Resolution, nämlich der über die "Spaltung des KB" entnommen. Dort wird allerdings eine noch offenere Sprache gesprochen, die ihre Sippschaft mit dem Liquidatorentum wirklich durch nichts mehr verleugnen kann.

Die Minderheitsgruppe charakterisiert sich in dieser Resolution folgendermaßen: "Was den KB heute von den beiden Abspaltungen unterscheidet und zusammenhält, ist nicht zuletzt:
a) daß er die Art der Bewältigung der vor der revolutionären Bewegung stehenden Probleme und Aufgaben ablehnt, wie sie in den beiden Abspaltungen zum Ausdruck kommt,
b) daß er sowohl die Notwendigkeit der Aneignung, des Festhaltens und der Verteidigung der allgemeinen Wahrheit des Marxismus-Leninismus festhält, als auch die Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus in seiner Verbindung mit der konkreten Praxis gerade in den heute umstrittenen neuen oder neu aufgeworfenen Fragen dafür als Voraussetzung ansieht,
c) daß er es ablehnt, in diesen Fragen ohne ausreichende Grundlagen zu vorschnellen (!) abschließenden (!) Entscheidungen zu kommen und alle Kräfte, die sich diesen Entscheidungen nicht anschließen, als Feinde zu bekämpfen".

Auf der Suche nach der eigentlichen Substanz dieser Selbstdarstellung können wir den Punkt b) insofern einmal gleich als Gemeinplatz ausscheiden, es sei denn, daß mit "Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus" nicht vielleicht gemeint ist, daß neue revisionistische Theorien uns demnächst als "Marxismus-Leninismus" verkauft werden sollen. Übrig bleibt a), daß man es ablehnt, sich entweder für den Revisionismus (wie die offenen Rechten), oder für den Marxismus-Leninismus (wie der KB) zu entscheiden. Gerade in der Entscheidung besteht nämlich die kritisierte "Art". Tatsächlich ist es uns ja darum gegangen, eine marxistisch-leninistische Politik zu machen und uns deshalb von allen bürgerlichen Kräften zu trennen, während es den offenen Rechten darum ging, endlich die Fesseln, die eine revolutionäre Organisation für den Revisionismus darstellt, abzustreifen. Selbstverständlich ging es bei dieser "Art" nicht um die Bewältigung von Problemen, sondern um die Schaffung von Voraussetzungen dafür und zwar in beiden Fällen, bei uns, sowie bei den offenen Rechten. Das ist es auch, was von der Minderheitsgruppe abgelehnt wird. Das Festhalten an der revolutionären Organisation "vor der Klärung der offenen Fragen". Für uns steht selbstverständlich bei allem immer die Revolution im Vordergrund und von ihr ausgehend auch unsere Organisation. Wollen wir ohnehin keine Revolution, bzw. bringen wir dies nicht zuletzt unvermeidlich dadurch zum Ausdruck, daß wir keine revolutionäre Organisation wollen, wozu sollte uns dann eigentlich die Klärung irgendwelcher Fragen interessieren? Als Denksport etwa? Bei der Minderheitsgruppe ist es umgekehrt. Sie braucht heute keine revolutionäre Organisation. Erst müssen einmal die Fragen "geklärt" werden, dann wird man schon weiter sehen. Absolut kein Wunder wäre es jedenfalls, wenn man danach genau das theoretisch vertritt, was man ohnehin schon heute praktiziert: Die Liquidierung der revolutionären Organisation und der revolutionären Politik.

Weiters bleibt c) übrig, daß "man es ablehnt vorschnelle Entscheidungen" zu treffen und dann womöglich alle anderen als Feinde bekämpfen müßte. Das ist natürlich reine Rederei, denn wie wir schon lange gesehen haben, ist die Entscheidung ja längst getroffen. Sie wurde in Wahrheit bereits während der Spaltung getroffen. Wenn heute davon geredet wird, "die Entscheidung" noch etwas hinauszuschieben, dann vor allem aus blankem Opportunismus, weint man in der Minderheitsgruppe doch immer noch, auch wenn man es nicht zugeben will, den Wiener offenen Rechten nach, die immerhin mehr als die Hälfte "der Organisation" ausmachten und mit denen es sich so herrlich untersuchen, analysieren und linienkämpfen ließ.

Wir sehen also, daß wir es bei der Minderheitsgruppe mit Liquidatoren reinsten Wassers zu tun haben, die längst in die Fußstapfen der, inzwischen der Bourgeoisie um einen Schritt nähergerückten, offenen Rechten nachgerückt sind. Ihre Politik ist die gleiche, ihre Begründung dafür ist die gleiche - es findet sich überhaupt kein Unterschied. Es wäre wirklich günstig und ein wahrhafter Dienst an der Arbeiterbewegung, wie er der Minderheitsgruppe ja immer vorschwebt, würde sie ihren unmittelbaren Vorfahren auch den letzten Schritt nachtun, endlich öffentlich bekennen, daß sie mit der Revolution ohnehin nichts mehr im Sinn hat und aufhört, den Namen des KB und seines Zentralorgans zu mißbrauchen und zu verleumden.

VON GROSSEN PRINZIPIENREITERN ZU WASCHECHTEN OPPORTUNISTEN

So wie man als Revisionist in einer revolutionären Organisation oder Organisation mit zumindest revolutionärem Anspruch zweifellos eine liquidatorische Politik betreiben muß, so wird man überall dort, wo man mit anderen politischen Kräften zusammenkommt, opportunistische Politik betreiben. Genauso auch bei der Minderheitsgruppe.

"Größtmögliche Einheit" - Prinzipienfeste Spurenverwischer

Das beginnt übrigens bereits beim "innerorganisatorischen Meinungskampf". In der "Resolution zur Herstellung der Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit" kommt dies mehr als deutlich zum Ausdruck. Es heißt darin über die Beschlußfassung der "Resolution II": "In manchen Abschnitten hat es nur eine sehr knappe Mehrheitsentscheidung gegeben. Wir meinen, daß angesichts dieser Tatsache zwei Fehler vermieden werden müssen: Erstens der, daraus die Unverbindlichkeit oder Undurchführbarkeit dieser Festlegungen zu schlußfolgern. Damit würde die Organisation gelähmt, würden die Genossen, die dem zugestimmt haben, vor den Kopf gestoßen und würde vor allem die Organisation jede Möglichkeit aus der Hand geben, diese Festlegungen in die Praxis umzusetzen und damit auch für jeden in ihren Konsequenzen überprüfbar machen. Zweitens der, die Tatsachen und die Ursachen dieser knappen Mehrheitsentscheidung zu ignorieren, also nicht in besonderer Weise gerade in diesen Fragen eine fundierte Meinungs- und Willensbildung und inhaltliche Auseinandersetzung zu gewährleisten. Das würde die einheitliche Durchführung, Entwicklung und Erprobung dieser Festlegungen rasch untergraben und die Herausbildung eines möglichst breiten Zusammenschlusses auf Grundlage der Weiterentwicklung und Verbesserung dieser Festlegungen oder auch ihrer Korrektur sabotieren."

Sehen wir einmal davon ab, daß hier von Festlegungen die Rede ist, die ohnehin nicht das geringste festlegen, außer Arbeitskonferenzen, Frauenausschüssen, Debatten etc. Was bedeutet in der Minderheitsgruppe die Tatsache daß etwas festgelegt ist?

Man sollte meinen, ein Beschluß ist ein Beschluß, d.h. also, in erster Linie gilt er und zwar für alle. Bei der Minderheitsgruppe, die ja nach dem Vorbild der offenen Rechten den Demokratischen Zentralismus längst zum alten Eisen geworfen hat, ist dem nicht so. Es zählt einmal in erster Linie, daß der Beschluß sich nur "auf eine knappe Mehrheit" stützen kann. Und aus dem werden nun zwei Schlüsse gezogen: Erstens möge man ihn trotz der nur knappen Mehrheit anerkennen und befolgen, zweitens aber möge man nicht zu sehr darauf herumreiten, in beiden Fällen würden andernfalls die jeweils anderen vor den Kopf gestoßen und es könnte sich kein "möglichst breiter Zusammenschluß" herausbilden. Wir sehen also: hat ein Beschluß keine große Mehrheit, so bedarf es in der Minderheitsgruppe zusätzlicher Appelle, um ihn in Kraft zu setzen. Diese Appelle sind seltsam genug, geradezu belustigend. Da wird erst der Minderheit einmal frank und frei unterstellt, sie wolle wahrscheinlich den Beschluß ohnehin nicht durchführen. Eine sonderbare Organisation, die von fast 50% ihrer Mitglieder gleich einmal annehmen muß, daß diese sich nicht an Beschlüsse halten. Also bittet man die Minderheit, die Durchführung der Beschlüsse nicht zu verhindern. Und warum? Weil etwa das Statut dies fordert und sie andernfalls nicht mehr in der Organisation sein könnten? Nein, weil die Beschlüsse, wenn nicht in die Praxis umgesetzt, "nicht überprüfbar" gemacht werden können. Aber, könnte man nun einwenden, wenn die Minderheit gegen den Beschluß gestimmt hat, dann war sie doch ohnehin nicht der Meinung, daß dieser Beschluß erst in der Praxis überprüft werden muß. Offensichtlich war sie doch der Meinung, daß auch so schon klar ist, daß der Beschluß falsch ist, daß sie gerade deshalb diesen Beschluß nun sabotieren werden, wieso sollte die praktische Überprüfbarkeit dann eigentlich ein gegenteiliger Anreiz für sie sein?

Ein solches Argument kann natürlich nur aufkommen, wenn es um nichts geht, ausser um Rechthaberei. Dann allerdings kann man gerne bei der Verwirklichung von etwas mitmachen, das man für falsch hält, einzig und allein aus dem Grund, weil

man nachher besser beweisen kann, daß man doch recht gehabt hat. So scheint es auch bei dieser Gruppe zuzugehen. Nicht weniger interessant ist aber auch der andere Apell. Es soll, heißt es, gerade wegen der knappen Entscheidung hier besonders die inhaltliche Auseinandersetzung geführt werden. Sonst würde die Durchführung untergraben. Was soll das nun wieder heißen? Soll damit überhaupt etwas ausgedrückt werden, so kann es sich nur darum handeln, daß dieser Beschluß halt nicht so durchgeführt werden kann, wie einer, der sich auf eine größere Mehrheit stützte. Bei ihm kommt es daher in erster Linie nicht darauf an, ihn durchzuführen, sondern die "inhaltliche Auseinandersetzung" darüber zu führen, um seine Durchführung zu gewährleisten. Was aber, fragt man, wenn die inhaltliche Auseinandersetzung gerade nicht geführt werden kann? Das könnte in einer Organisation, die mitten in der Politik steht ja öfters vorkommen. Bei der Minderheitsgruppe kann das wohl nicht vorkommen. Denn dort wird die Wichtigkeit der Durchführung von Beschlüssen nicht daran gemessen, worum es geht, sondern daran, wieviel Prozent sich bei der Abstimmung für die Beschlüsse ausgesprochen haben, wieviel dagegen.

Im demokratischen Zentralismus ist die Sache ganz einfach: Die einfache Mehrheit entscheidet. Und worüber? Entscheidet sie für einen Teil der Organisation, etwa für sich selbst, während sie die Minderheit, die gegen die Entscheidung war, von den Konsequenzen der Entscheidung ausnimmt? Keinesfalls! Die Mehrheit entscheidet, aber sie entscheidet für die ganze Organisation. Oder umgekehrt: Entscheiden tut immer die Organisation. Ob einhellig oder bloß mit einer Mehrheit, ob mit einer starken oder mit einer hauchdünnen Mehrheit, tut überhaupt nichts zur Sache. Die Entscheidung gilt im demokratischen Zentralismus für alle. In der Minderheitsgruppe, wo die Beschlüsse in dem Maß unbedeutend werden, als sich die entscheidenden Mehrheiten der 50,1% Marke annähern, gilt der demokratische Zentralismus nichts.

Es wäre ja nun all dies bei irgendeiner x-beliebigen bürgerlichen Organisation überhaupt nicht verwunderlich. Aber gerade hier? Wo sich die größten Marxisten und gefürchtetsten Linienkämpfer zusammengefunden haben? Hier muß der unbeeinflußte Beobachter doch etwas überrascht sein, wie sich solche Prinzipienfestigkeit mit solchem Opportunismus vereinbaren läßt. Denn was ist es sonst als Opportunismus, wenn man einzig und allein aufgrund der Tatsache, daß es zu einer bestimmten Frage zwei Meinungen gibt, von denen die Minderheit viel schwächer ist, als die Mehrheit, fast in Panik ausbricht, es könnte vielleicht durch ein falsches Wort - ein Andersdenkender vor den Kopf gestoßen werden. Was ist es sonst, als blankster Opportunismus im Linienkampf, wenn man dem Andersdenkenden einen Appell unter die Nase hält, er möge nicht darüber beleidigt sein, daß er in der Minderheit sei, statt daß man das falsche in seinen Ansichten herausarbeitet und ihn überzeugt. Was ist es sonst, als blanker Opportunismus, angesichts von Differenzen nicht von Linienkampf und Überzeugungsarbeit, sondern von "größtmöglicher Einheit" zu reden.

Dieser Opportunismus in inneren Fragen treibt aber noch viel ärgere Blüten. So kam die letzte "DK"-Etappe zur Feststellung, daß sich in Dokumenten einer vorigen Etappe "widersprüchliche Festlegungen" finden. In jeder revolutionären Organisation wäre so etwas natürlich eine schwere Beeinträchtigung ihrer gesamten Arbeit und sowie man dies feststellte, müßte man sich wohl an die sofortige Beseitigung der Widersprüchlichkeiten machen. Nicht so in der Minderheitsgruppe. Dort wird statt dessen die fundamentale Entdeckung bekanntgegeben, daß die Existenz der Widersprüchlichkeiten wohl darauf zurückzuführen sei, "daß die betreffenden Fragen nicht ausreichend debattiert und geklärt werden konnten und ihr Zusammenhang und Widerspruch zu anderen Aussagen der Resolution dementsprechend verdeckt war". Das macht aber gar nichts. Im Gegenteil. "Die Lösung dieses Problems stellen wir uns so vor, daß gerade solche widersprüchlichen Festlegungen der Resolutionen vom ZK in besonderer Weise zum Gegenstand der Untersuchung und Debatte in der Organisation gemacht werden müssen und das ZK gerade in diesen Fragen bei jeder Festlegung jeweils offenlegen muß, zu welcher Interpretation, bzw. zu welchen Schlußfolgerungen es in diesen Fragen aus welchen Gründen seiner Anleitungstätigkeit kommt." Fast bekommt man den Eindruck, als freue sich diese Gruppe über die Widersprüchlichkeiten. Hat man doch so etwas, das man im Gegensatz zu anderen Dingen "besonders" untersuchen und debattieren kann, was ein großer Nutzen zu sein scheint, während es für die ZK-Tätigkeit kein Schaden sein braucht, da dieses ja bei jeder Festlegung bloß erklären braucht, warum es gerade so und nicht anders handelt.

Es stellt sich die Frage, wozu die Minderheitsgruppe überhaupt Beschlüsse braucht.

Das "ZK" könnte ja in jeder Frage immer erläutern, warum es etwas gerade so und nicht anders macht und außerdem wäre immer genug Stoff für die Arbeitskreise und Arbeitskonferenzen da.

Blankeren Opportunismus kann man sich wohl kaum vorstellen, als den, daß auf einer DK die Delegierten feststellen, daß sie zwar etwas Widersprüchliches beschlossen haben, daß sie sich jedoch leider nicht einigen können, in welche Richtung man es eindeutig machen soll und daß deshalb eben das ZK machen soll, was es will, während man selbst über die Sache schon noch reden wird. Überhaupt ist es in einer demokratisch-zentralistischen Organisation undenkbar, daß ausgerechnet die DK beschließt, das ZK soll machen was es will, Hauptsache es vermag alles zu begründen. - Und all das im Namen der "Einheit". In der Minderheitsgruppe scheinen die Mitglieder ganz schön Angst davor zu haben, ihre eigene Meinung auszusprechen, geschweige denn die Meinung eines anderen zu kritisieren. Wenn so der große Linien- und Meinungskampf aussieht, mit dem man uns seinerzeit versprochen hat, die Organisation vor der rechten Strömung zu retten, dann brauchen wir unseren Schritt der Trennung wahrlich nicht bereuen, im Gegenteil.

Prosowjetische Politik - damit man sich "nicht isoliert"

Den Opportunismus gibt es aber nicht nur im Inneren, sondern erst recht im Auftreten nach außen. Besteht ersterer, wie wir schon gesehen haben, in Einheitsduselei und Verwischung aller Gegensätze, so besteht letztere in der Preisgabe jeglicher eigenständiger, wir wollen nicht einmal mehr sagen revolutionärer Politik, dort wo es einem zielführender scheint, sich an andere politische Kräfte, die mehr Einfluß haben als man selbst, anzuhängen. Dies haben wir rund um die Anti-USA-Demonstration am 16. Mai in Wien deutlich verfolgen können. Wir vom KB haben bekanntlich versucht, für diesen Zeitpunkt nicht zuletzt gegen die üblen Pläne einer antiamerikanischen Demonstration eine möglichst breite Aktionseinheit für eine Kundgebung gegen beide Supermächte, vor allem natürlich gegen die SU und deren Aggressionen in Eritrea, Kampuchea und Afghanistan zustandezubringen. Zu dieser Aktionseinheit haben wir auch die Minderheitsgruppe aufgefordert. Diese hat sich allerdings inzwischen mit dem ganzen Wiener Sumpf, allen voran den Trotzkisten auf ein Packel gehaut, nachdem die KPÖ ihr die Freude gemacht hat, aus der Aktionseinheit der antiamerikanischen Demonstration zu verschwinden. Das Verschwinden der KPÖ aus der Aktionseinheit hat natürlich nicht das geringste am reaktionären Charakter dieser Demonstration geändert. Die antiamerikanische Aktion wurde ja ohnehin nicht von der KPÖ initiiert, sondern von den Trotzkisten. Das Verschwinden der KPÖ aus dieser Aktionseinheit brachte als einzige Änderung, daß nun möglich war, an einer prosowjetischen Aktion teilzunehmen, ohne deshalb sein Gesicht zu verlieren und als KPÖ-Mitläufer zu gelten.

Selbstverständlich haben wir bei unseren Aktionseinheitsbesprechungen, wie alle anderen, so auch die Vertreter der Minderheitsgruppe, davor gewarnt, daß es sich hier um eine durch und durch prosowjetische Aktion handelt. Das war ja bereits im Vorhinein nicht schwer zu beweisen. Es genügte ja schon allein, sich einmal anzusehen, von wem die Sache ausging und wer sich daran beteiligen wollte. Zwar ist uns gut bekannt, daß es in der Minderheitsgruppe etliche Leute gibt, die sich nichts sehnlicher wünschen, als Aktionen gegen den US-Imperialismus und vielleicht gleich in einem Aufwaschen auch gegen die westeuropäischen Imperialisten und gegen die österreichischen, am allerbesten gleich an dem Tag, an dem Gromyko in Wien die Friedenstaube spielt, aber wir wußten ja, daß dies nur ein Teil der Minderheitsgruppe wünscht.

Wir machten also unter anderem die Vertreter der Minderheitsgruppe darauf aufmerksam, daß man direkt den Russen in die Hände arbeitet, wenn man sich, während diese gerade dabei ist, die Völker Eritreas, Kampucheas und Afghanistans niederzumetzeln, an einer Demonstration gegen die USA und gegen den Olympiaboykott beteiligt. Wir machten sie drauf aufmerksam, wem es dient, wenn man zu einer Zeit, wo die Kubaner gerade die Bahamas überfallen haben, abgesehen davon, daß sie Angola besetzt halten und Truppen in vielen afrikanischen Staaten haben, wenn man also in so einer Zeit gegen die "aggressive Politik der USA gegenüber Kuba" demonstriert. Noch dazu, wenn diese "aggressive Politik" gegenwärtig bloß darin besteht,

100.000 kubanische Flüchtlinge aufzunehmen, die unter Zurücklassung all ihrer Habe versuchen, ihr bloßes Leben aus Kuba herauszuretten. Wir machten sie schließlich auch darauf aufmerksam, daß all dies gerade an dem Tag geschehe, da es nötig sei, gegen beide Supermächte, vor allem natürlich gegen die Sowjetunion auf die Straße zu gehen.

Die Antwort, die wir von den Vertretern der Minderheitsgruppe bekamen, bestand nun aber nicht etwa in irgendeiner ideologischen Rechtfertigung des Prosowjetismus. Im Gegenteil: Gegen unsere Argumente war nichts vorzubringen und wurde auch nichts vorgebracht. Die einzige Rechtfertigung für die Beteiligung an der prosowjetischen Aktion bestand darin, daß es hier erstmals wiederum "Ansätze einer antiimperialistischen Bewegung" gäbe und daß man sich von dieser keinesfalls isolieren dürfe. Und da es möglich sei, bei dieser Aktion auch Parolen gegen die SU mitzutragen, spreche alles für unbedingte Teilnahme.

Diese Rechtfertigung ist an sich schon ein starkes Stück. Noch stärker aber wird sie, wenn man berücksichtigt, daß sie nicht von irgendwem gegeben wurde, sondern gerade von der Person, die in den letzten Jahren immer wieder bei "antiimperialistischen" Aktionseinheiten den KB vertreten hatte und die genug Gelegenheit gehabt hat, den Charakter dieser "antiimperialistischen Bewegung" zu studieren. Und so wie diese Person ganz besonders, so haben natürlich in den letzten 5 Jahren, spätestens seit die Kubaner in Angola einmarschiert sind, wir alle genug Gelegenheit gehabt, festzustellen, daß es "die antiimperialistische" Bewegung in Österreich nicht mehr gibt. Und zu einer Zeit, in der im alten KB Prinzipienschacherei und haltloser Opportunismus noch nicht auf der Tagesordnung standen, zu einer Zeit, zu der man noch nicht unter einem Transparent "Nieder mit dem Stalinismus" auf einer CSSR-Demonstration "mitging", ist es ja gut bekannt gewesen, daß eine neue antiimperialistische Bewegung aufgebaut werden muß. Eine solche, die die praktische Konsequenz daraus zieht, daß der US-Imperialismus im Absteigen und der sowjetische Imperialismus im Aufsteigen ist. Und bekanntlich sahen es wir Kommunisten, so wie wir dies auch heute wieder tun, als eine unserer wichtigsten Aufgaben an, das Entstehen einer antiimperialistischen Bewegung in Österreich nach Kräften zu initiieren, denn wir wußten gut genug, daß wir die einzigen waren, von denen in der heutigen Zeit so etwas ausgehen konnte.

All dies ist natürlich auch den Leuten der Minderheitsgruppe – abgesehen von den erwähnten Ausnahmen – gut bekannt. Trotzdem haben sie es über Bord geworfen. Und ganz im Gegensatz zum großzügigen Stil, der ihre Dokumente prägt, ganz ohne Linien- und Meinungskampf, ganz ohne Analyse und Untersuchung, ganz ohne breite Debatte. Vor allem aber – ganz ohne Begründung. Denn es wird ja wohl niemand ernsthaft erklären wollen, daß sich die Minderheitsgruppe nun an prosowjetischen Aktionen beteilige, liege daran, daß bekanntlich nicht "geklärt" sei, "welche Lehren aus der sozialimperialistischen Entwicklung der Sowjetunion zu ziehen seien". Oder doch?

Über Bord geworfen wurden also die Erkenntnisse von einem Jahrzehnt nicht nur unserer eigenen Erfahrung, sondern der Erfahrung der ganzen Welt. Und warum? Weil man sich "nicht isolieren" will. Und von wem will man sich "nicht isolieren"? Von denen, die eigentlich gerade isoliert werden müßten; und die eigentlich gerade von den Kommunisten isoliert werden müßten, wollen sie damit ernst machen, eine antiimperialistische Bewegung aufzubauen. Es ist dies hier ein klarer Fall von Preisgabe jeglicher revolutionärer Politik um den Preis des Sich-Anhängens. Geradezu ein Musterbeispiel an Opportunismus.

Genauso hat übrigens dann auch die Demonstration ausgesehen. Während die Trotzkisten hysterisch antiamerikanische und prosowjetische Parolen schrien, zog hinten ein jämmerliches Häuflein armer Sünder mit Parolen gegen die Supermächte. Es war dies geradezu ein Schaubild davon, was es heißt, sich an etwas als Rattenschwanz anzuhängen. Etliche Mitglieder der Minderheitsgruppe haben sich übrigens bei der Demonstration in Grund und Boden geschämt. Das spricht dafür, daß sie noch so etwas wie ein Gewissen haben. Daß dieses Gewissen sie allerdings kaum belästigt, das zeigt sich darin, daß sie an dieser Demonstration trotzdem teilgenommen haben und das sollte ihnen zu denken geben.

Ausbildungsfrage: Der alte Opportunismus blüht weiter

Ein ebensolches Schulbeispiel des Opportunismus hat die Minderheitsgruppe mit ihrem Auftreten bei der ÖGJ-Demonstration am 31. Mai geliefert. Zwar wird hier wohl keines ihrer Mitglieder ein schlechtes Gewissen gehabt haben, konnte man hier doch den Opportunismus in Fragen Berufsausbildung direkt aus dem alten KB übernehmen (wo er übrigens vom Führer der offenen Rechten ausgearbeitet wurde), das macht aber die Sache nicht weniger schlimm. Gerade bei den prinzipienfesten Rittern der Minderheitsgruppe, die sich von uns bekanntlich dadurch unterscheiden, daß sie an den alten falschen Sachen nicht einfach festhalten, hätte es doch ein Leichtes sein müssen, den alten Opportunismus in der Ausbildungsfrage aufzudecken. Mitnichten. Da hätte man ja womöglich gar nicht als Kommunist unter lauter Nichtkommunisten auftreten müssen. Daher hat man lieber ein Auge zugedrückt und den Lehrlingen den selben reformistischen Furz in die Hand gedrückt, der ihnen von den SP-Funktionären schon während der ganzen Autobusfahrt eingepaukt wurde. Aber so konnte man immerhin von sich sagen, daß man wieder einmal ein Teil der "Bewegung" gewesen ist und sich nicht isoliert hat.

Ein unbeteiligter Beobachter, der viellicht gar in der "Resolution I" der "DK" der Minderheitsgruppe den Satz gelesen hat, daß es nötig ist, "für eine revolutionäre Orientierung der Gewerkschaftsbewegung in allen ökonomischen und politischen Fragen zu kämpfen" und der vielleicht auch gelesen hat, daß es deshalb nötig sei "mit Hilfe des Marxismus-Leninismus vor allem auf Grundlage der Kritik der Politischen Ökonomie selbständig und in ihrem inneren Zusammenhang die wesentlichen Tatsachen zu analysieren und aus dieser Analyse der Entwicklung der Lage die Kampfaufgaben und die Forderungen zu entwickeln, in denen sich jeweils die Interessen der Arbeiterklasse ins Bewußtsein gerufen werden müssen", dieser unbeteiligte Beobachter also, mit dem wir diesen Satz bekanntlich begonnen haben, hätte sich nach Abklingen des Ohrensausens, das das Lesen des obigen Zitates verursacht, sicherlich stark gewundert, hätte er das Flugblatt "ÖGJ deckt auf" der Minderheitsgruppe als Konkretisierung dieser schwülstigen Bekenntnisse in Händen gehalten. Wir aber, die wir ja wissen, daß es damit ohnehin nicht so ernst gemeint ist, können uns voll auf den Inhalt des Flugblattes konzentrieren. Um es gleich vorwegzunehmen: Wir stoßen hier auf die guten alten Forderungen vom 2. Berufsschultag, vom Berufsschulbesuch jugendlicher Hilfsarbeiter und Arbeitsloser, sowie auf das beliebte Motto "Ausbildung darf nicht länger Privatsache der Kapitalisten sein". Nicht fehlen darf selbstverständlich – wozu hat man denn ein Programm – die polytechnische Einheitsschule. In diesem Flugblatt wird das Kunststück vollbracht, zwar einerseits in einem fort den reformistischen SP-Gewerkschaftern Recht zu geben und deren Forderungen zu unterstützen, andererseits aber von dieser reformistischen Politik eine zwar kühne, jedoch um nichts weniger goldene Brücke zur Forderung unseres Programms zu bauen. Das geschieht so: Zuerst wird bestätigt, daß es in der beruflichen Ausbildung "weiterhin viele Mißstände" gibt. Hier kommt allerdings bereits eine Klippe, an der das gemeinsame Boot von Minderheitsgruppe und SP-Reformisten kentern könnte. Warum eigentlich werden nur die Mißstände in Kleinbetrieben bekämpft? "Es ist logisch (!), daß sich diese Mißstände vor allem in den Kleinbetrieben häufen, werden doch rund 55 % der Lehrlinge im Gewerbe ausgebildet, also der Großteil." Gott sei Dank, diese Klippe wäre umschifft. Aber nach dieser Konzession erwartet man von den Reformisten Revanche. Denn, zwar "ist die Situation der Lehrlinge in den Großbetrieben fachlich (?) in gewisser Weise besser" und stimmt es, "daß Großbetriebe in die Lehrlingsausbildung investieren", aber abgesehen davon, daß dies bloß "ein Eingeständnis dafür ist, daß das 'duale System' an seine Grenzen gestoßen ist", werden die Lehrlinge im 2. und 3. Lehrjahr in den Großbetrieben "nicht mehr nur (!) ausgebildet, sondern auch (!) bereits ausgebeutet". (Dies ist übrigens ein Kunststück, das nicht einmal die Gewerkschaftsführung zuwege gebracht hat, die immer "Ausbildung statt Ausbeutung" sagt. Daß sich dies miteinander verbinden ließe, davon wagte sie bisher nicht einmal zu träumen). Was wollen die großen Marxisten also von der ÖGJ-Führung: Es "muß auch der Ausbeutung in den Großbetrieben der Kampf angesagt werden". Denn: "'Mißstände' – in dieser oder jener Form – gibt es also sowohl in den Kleinbetrieben, als auch in den Großbetrieben". "Berufsfremde Arbeiten, oder rein betriebsspezifische Ausbildung – in dieser Zwickmühle befindet sich heute die Berufsausbildung".

Abgesehen davon, daß sich die Berufsausbildung - unter uns können wir es ja offen sagen - nicht in einer "Zwickmühle", sondern in der Hand der Bourgeoisie und ihres Staates befindet, besteht ihr Wesen natürlich nicht in "berufsfremden Arbeiten, bzw. betriebsspezifischer Ausbildung", sondern vor allem darin, daß es für ca. 60% der Jugendlichen ab dem 15. Lebensjahr keine und statt dessen nur noch Lohnarbeit gibt. Und diese Lohnarbeit nimmt übrigens für die Jugendlichen im Gewerbe nicht etwa deshalb andere Formen an, als für die Jugendlichen in der Industrie, weil die Mehrzahl der Jugendlichen im Gewerbe tätig ist (auch wenn dies, was immer das bedeuten mag, "logisch" ist). Aufmerksame Untersucher werden ja bereits analysiert haben, daß die Tätigkeiten des Lohnarbeiters in Gewerbe und Industrie tatsächlich unterschiedlich sind. So könnten sie z. B. feststellen, daß im Gewerbebetrieb auch der ausgelernte Arbeiter "berufsfremde" Arbeiten macht, während im Industriebetrieb der Arbeiter wiederum mehr "betriebsspezifische" Arbeiten leisten muß.

Abgesehen aber von dieser Nebensache müssen wir hier vor allem einmal feststellen, daß es der Minderheitsgruppe gelungen ist, eineinhalb Seiten über die Ausbildung im Kapitalismus zu schreiben, ohne zur Feststellung zu kommen, daß es sich bei den Lehrlingen und bei den jugendlichen Angelernten und Ungelernten ebensogut um Lohnarbeiter handelt, wie bei allen anderen auch. Und ohne zur Feststellung zu kommen, daß das Ausbildungsproblem erst dann gelöst werden kann, wenn dieser Umstand beseitigt ist. Denn - soweit können wir schon der ÖGJ-Führung eher recht geben, als der Minderheitsgruppe - Ausbildung ist tatsächlich unvereinbar mit Ausbeutung.

Das ist im übrigen auch der Grund dafür, warum wir bekanntlich fordern, daß die Schulpflicht bis zum 19. Lebensjahr ausgedehnt wird. Um zu verhindern, daß der Teil der Jugendlichen, den heute die Kapitalisten vor dem 19. Lebensjahr in die Produktion ziehen, von einer vollendeten Ausbildung ausgeschlossen bleibt, weil er sich zur Lohnarbeit verdingen muß. Deshalb sind wir ja auch entschiedene Gegner der sogenannten "dualen Ausbildung". Deshalb wenden wir uns auch gegen die Politik der SP-Reformisten, die die Auswüchse der Lohnarbeit Jugendlicher gleichsetzen mit Ausbeutung und die den unzufriedenen Jugendlichen die betrügerische Alternative anbieten, es ginge bloß darum, diese Auswüchse und damit eben auch die "Ausbeutung" zu beseitigen, dann wäre die duale Ausbildung schon in Ordnung. Ganz im Gegensatz zu den SP-Reformisten erheben wir daher auch keine Forderungen, die am System, das für 60% der Jugendlichen Lohnarbeit ab 15 Jahren bedeutet, herumkratzen, sondern wir erheben die Forderung nach Ausdehnung der Schulpflicht und Verkürzung der Lehrzeit.

Im Flugblatt der Minderheitsgruppe ist es genau umgekehrt. Auch hier besteht die Misere der Lehrlingsausbildung vor allem in "Mißständen" auch hier werden Forderungen erhoben, (die ohnehin schon von ganz anderen Kräften erhoben worden sind), wie die Forderung nach dem 2. Berufsschultag etwa, oder die Forderung gegen die "berufsfremden Arbeiten". Ganz abgesehen davon einmal, ob man sich gegenüber solchen Forderungen, wenn sie einmal auf dem Tisch sind, ablehnend verhält, oder nicht - auf jeden Fall sind sie gerichtet auf die Erhaltung oder zumindest auf die Bejahung des "dualen Systems", auf jeden Fall richten sie sich nicht gegen dieses System und für dessen Beseitigung. Was kümmert das aber die Minderheitsgruppe - geht es ihr doch nicht etwa darum, revolutionäre Gewerkschaftspolitik zu betreiben, sondern darum, sich dort anzuschließen, wo es am erfolgversprechendsten scheint. Selbst die durch und durch demagogische Forderung "Loslösung der Lehrlingsstelle von der Handelskammer", die auf einen Nenner gebracht bedeutet: "Loslösung der Kapitalisten von den Kapitalisten", wird in dem Flugblatt, wenn auch eher verschämt, propagiert.

Wir haben nun gesehen, wie es gelingt, sich als Gegner der "dualen Ausbildung" aufzuspielen, ohne wirklich etwas zu unternehmen - nämlich einfach so, wie es auch die ÖGJ-Führung macht - sehen wir aber nun, wie es gelingt, daran auch noch unsere Programmforderung nach polytechnischer Einheitsschule unter Kontrolle des Volkes anzuhängen. Man beschreibe einige Probleme des derzeitigen Schulsystems, komme zum Schluß, "daß die gesamte (Hervorhebung im Original) Ausbildung der Jugendlichen im argen (!) liegt", streue noch darüber, daß "der herrschenden Klasse ihre Schule nicht einmal das (!) hergeben kann, was sie gerne hätte", und schon ist man soweit, daß der Nachweis dafür erbracht ist, daß eine andere Schule her muß, einfach weil sich mit der alten ohnehin nichts mehr abspielt. Und hier ist man

sofort mit einem Reformvorschlag zur Hand. "Die Jugendlichen aus dem Volk brauchen eine Schule, die sie in all dem ausbildet, was dazu notwendig ist, um als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft arbeiten und am politischen Leben teilnehmen zu können", usw. Soweit so gut. Wie geht es aber weiter? "Offensichtlich ist, daß eine solche Schule nicht von der Handelskammer kontrolliert werden kann ... Offensichtlich ist aber auch, daß eine solche Schule nicht von einem paritätisch besetzten Gremium von 'Arbeitgebern und Arbeitnehmern' kontrolliert werden kann. Eine solche Schule kann nur von jenen kontrolliert werden, die sie brauchen, vom Volk selbst". Zack. Tasächlich ist das natürlich gar nicht offensichtlich. Und tatsächlich fordern wir ja bekanntlich gerade deshalb die polytechnische Einheitsschule usw. um es offensichtlich zu machen, daß es nötig ist, im Kampf um das Volksbildungswesen gegen den Staat der Kapitalisten und gegen die Bourgeoisie zu kämpfen. Das Schulwesen liegt ja nicht deshalb "im Argen", weil man auf unsere Vorschläge nicht hört, sondern weil es in der Hand des bürgerlichen Staates liegt, dessen Aufgabe darin nicht besteht, auf die Vorschläge der Kommunisten zu hören, sondern der die Interessen der Bourgeoisie, notfalls auch mit Gewalt durchzusetzen hat.

Wozu aber immerzu vom Kampf reden, wenn man gerade dabei ist, sich an die SP-Reformisten anzubiedern. Ist es nicht besser, die Situation in der diese über eine Reformierung des bürgerlichen Schulwesens nachdenken dafür "auszunutzen" um mit besseren, radikaleren Vorschlägen zu kommen? Welcher Opportunist würde wohl anders handeln?

Ein besonderes Glanzstück des Opportunismus besteht allerdings darin, unauffällig auf der letzten Seite des Flugblattes die Forderungen nach Existenzlohn einfach als anerkannte ÖGJ-Forderung auszugeben, um die es "in den letzten Jahren sehr still geworden" ist. In Wahrheit handelt es sich hier um eine Forderung des KB, der allein dafür verantwortlich ist, daß es um sie in den letzten Jahren still wurde. Das wissen die Leute der Minderheitsgruppe sehr genau. Aber wie steht man als Kommunist schon da mit einer Forderung, die bloß von den Kommunisten kommt. Wenn einem die Reformisten schon nicht den Gefallen machen, sie in ihren Forderungskatalog aufzunehmen, dann kann man, da es in letzter Zeit ohnehin so still darum war, doch wenigstens so tun, als ob es so wäre. Wer weiß, vielleicht fallen Lehrlinge drauf rein.

Wenn wir uns nocheinmal an das wüste Zitat erinnern, daß wir über die gewerkschaftlichen Aufgaben der "Resolution 1" entnommen haben, so wissen wir noch, daß es darum ging, "die Kampfaufgaben und Forderungen" "mit Hilfe des Marxismus-Leninismus" und "auf Grundlage der politischen Ökonomie" zu entwickeln, und fragen: Wie kann eigentlich die Gewerkschaftsführung ohne Marxismus-Leninismus und ohne Kritik der politischen Ökonomie zu haargenau den gleichen Forderungen (die im übrigen keine "Kampfaufgaben" sind) kommen, wie die Minderheitsgruppe, und das sogar noch vor ihr? Ob man sich hier mit Marxismus-Leninismus und Kritik der politischen Ökonomie nicht unnötige Arbeit antut? Oder handelt es sich hier gar um eine der berühmten "widersprüchlichen Festlegungen", die einfach - selbstverständlich wohlbegründet und offengelegt - gegenteilig behandelt werden, als man es festgelegt hat?

Neue Argumente - für den Lohnraub

Ein weiteres Beispiel des Opportunismus finden wir in der (spärlichen) Berichterstattung der Minderheitsgruppe zum Chemie-KV, aus der Zeit, in der sie noch einen technischen Apparat hatte. In einem Artikel, der erschien, als die Chemiearbeitergewerkschaft mit ihrer KV-Forderung herauskam, heißt es zur Forderung von öS 700.- auf den Ist- und 8% auf den KV-Lohn: "Das klingt nicht schlecht, und wäre für große Teile der Chemiearbeiter mehr, als sie bei den letzten KV-Verhandlungen herausbekommen haben". Eine wahrhaft seltsame Beurteilung. Eine Forderung danach zu beurteilen, wie sie klingt, das tun normalerweise die, die die Arbeiter betrügen wollen, die die Arbeiter gerade davon abbringen wollen, draufzukommen, was die Forderung bringt. Und in Bezug auf das, was die Forderung bringt, ist es wiederum - im besten Fall - eine Plattheit, zu sagen, sie bringt "weit mehr", als die letzten Male. Denn bekanntlich geht es für die Arbeiter darum, ihre Arbeitskraft, zumindest aber den Reallohn zu verteidigen. Die Höhe einer diesen Zielen Genüge tuende Lohnerhöhung hängt daher ausschließlich davon ab, wieweit der Preis der Arbeitskraft

entwertet wurde, und hat überhaupt nichts damit zu tun, wie sich die Sache in früheren Zeitabschnitten verhielt.

Es ist aber gar nicht so, daß der Autor des Artikels sich darum herumdrücken will, was die Forderung bringt. In etwa den Tatsachen entsprechend kommt er ohnehin zur Auffassung, daß sie je nach Lohnhöhe zwischen 6,4% und 10% bringen würde. Während wir im KLASSENKAMPF nachgewiesen haben, daß sogar eine volle Durchsetzung der Forderung für die oberen 45% der betroffenen Arbeiter Lohnraub bedeutet hätte, kommt der Autor der Minderheitsgruppe zu ganz anderen Ergebnissen: "10% auf den Bruttolohn ist relativ viel, 6,4% relativ wenig". Auch hier fehlt wieder der Maßstab, an dem gemessen wird, ob die Erhöhung ihren Zweck erfüllen kann, oder nicht. Gemessen wird "relativ", wobei "relativ" anscheinend in dem Sinn gemeint ist, daß "relativ wenig" immer noch relativ viel ist, was sich gleich darauf in der Beurteilung ausdrückt: "Die Forderung ... ist also nicht gerade ideal, ... aber, wie gesagt, so schlecht ist die Forderung nicht".

Und warum der ganze Eiertanz? Warum einerseits die Fakten aufzählen, die klar und deutlich beweisen, daß es hier um Lohnraub geht und andererseits beteuern, daß die Forderung "so schlecht" (wie schlecht?) gar nicht ist? Ganz einfach: Weil "klar ist, daß eine Festgeldforderung hundertmal besser ist, als eine reine Prozentforderung", weil "jeder Arbeiter Festgeldforderungen begrüßt, weil sie seinem Klasseninteresse nach Einheit und Geschlossenheit entspricht". Eine Forderung, die völlig ungeeignet ist, dem Lohnabbau entgegenzutreten, und die für die Masse nichts bringt, kann doch nicht dem "Klasseninteresse" der Arbeiter entsprechen, sondern höchstens dem Interesse der Opportunisten, die sich einen Fußbreit "links" von den Sozialdemokraten in der ÖGB-Führung ansiedeln wollen, indem sie deren Forderungen gegen sie "verteidigen" - statt die Arbeiterinteressen zu verteidigen.

Das ist ein wahrhaft bedeutender Beitrag der "Kommunisten" zu den Lohnverhandlungen. Während die Gewerkschaftsführung nun bereits das dritte Jahr in unmittelbarer Folge mit einer Forderung herauskommt, die selbst im Falle voller Verwirklichung Lohnraub bedeutete, während sie sich gerade aus dem Grund überlegen muß, in welcher Form das überhaupt realisierbar ist, während sie gerade aus Gründen der Verschleierung der Tatsachen zur Festgeldforderung greift, kommen die Herren der Minderheitsgruppe und geben das Prinzip bekannt, eine Festgeldforderung sei "hundertmal besser" und werde von "jedem Arbeiter begrüßt". Gerade auf dieser Linie haben natürlich Teschl und Co. argumentiert bzw. argumentieren lassen.

Die Verteidigung der Linie der Gewerkschaftsführung in dem Artikel geht sogar soweit, daß erklärt wird, "die Durchsetzung der vollen Forderung wäre geeignet, eine weitere Frontverschiebung in Richtung Lohnsenkung zu verhindern". Schon die Formulierung allein verrät das schlechte Gewissen. Wo es um Lohnraub geht, spricht die Minderheitsgruppe von "weiterer Frontverschiebung in Richtung Lohnsenkung". Nähme man diese Formulierung ernst, müßte man übrigens annehmen, daß es nicht einmal im Falle eines kompletten Sieges des Kapitals Lohnraub gibt, denn in dieser Lohnrunde geht es ja bloß um eine Frontverschiebung in diese oder jene Richtung. Nimmt man es aber so, wie man es zwar sicher gemeint, aber eben nicht auszusprechen gewagt hat, nimmt man es so, daß es in dieser Lohnrunde darum geht, ob es Lohnraub gibt oder nicht, so bedeutet die Aussage: "Volle Durchsetzung der Gewerkschaftsforderung = kein Lohnraub". Und das ist eine aufgelegte Lüge. Entsprechend dieser verlogenen Einschätzung gibt die Minderheitsgruppe daher auch die Parole aus, man müsse mit "entsprechendem Druck aus den Betrieben" erreichen, daß die Gewerkschaftsführung nicht von der Festgeldforderung zugunsten einer Prozentforderung abgehe und von der Höhe der Forderung keine Abstriche mache.

Ergebnis der Chemie-Lohnrunde waren dann bekanntlich öS 550.- Schilling auf die Ist-Löhne, sowie 6,5% und 8,5% auf die Mindestlöhne. Es brachte Netto-Erhöhungen zwischen 3,17% und 4,4%, also Lohnraub für alle. Und die Mindestlöhne wurden letztendlich sogar um weniger erhöht, als die Ist-Löhne, sieht man von der untersten Lohngruppe ab, so daß die Lohnrunde zu einer weiteren Ausweitung der Kluft zwischen Ist- und Mindestlöhnen geführt hat.

Interessanterweise hat nach dem Abschluß der stellvertretende Fachgruppenvorsitzende Gargitter geradeso Stellung genommen, wie die Minderheitsgruppe, indem er es sich entrüstet verbat, immer über die Nettolöhne zu reden.

Als Ergebnis bleibt also: Vor der Lohnrunde forderte die Minderheitsgruppe 100% der Forderung, nach der Lohnrunde meinte Gargitter, 78% der Forderung seien auch

nicht schlecht. Und mit dem Maßstab der Minderheitsgruppe, daß es früher schon ganz andere Sachen gegeben hat, könnte man ja wirklich zufrieden sein, daß die Gewerkschaftsführung diesmal nur 22% nachgelassen hat.

Wirklich froh allerdings kann nur das Chemie-Kapital sein, das einen brutto 5,3%-Abschluß (bei damals 5,5% Teuerung) als Prozentabschluß nicht so leicht durchgebracht hätte, dies jedoch in der Form der Festgelderhöhung geschafft hat.

Die Gründe für diese üble und den Interessen der Arbeiter direkt widersprechenden Politik sind auf den ersten Blick nicht so leicht zu finden. Immerhin gibt sich ja diese Gruppe als eine Kraft aus, die in Österreich wieder eine revolutionäre Partei aufbauen will und die die Arbeiter im Klassenkampf zur Durchsetzung ihrer Interessen führen will. Sieht man sich den Artikel der Minderheitsgruppe zum Chemie-KV an, so wird man draufkommen, daß in ihm kein einziges Mal die Interessen der Arbeiter vorkommen. Es steht nicht drin, wieviel die Arbeiter brauchen würden und es steht auch nichts drin darüber, ob und wie das zu realisieren wäre. Statt dessen steht viel darüber drin, was von der Gewerkschaftsführung zu erwarten ist und wie sie zu behandeln ist. Von der Seite her betrachtet fallen zwei Dinge auf: 1. Von den Interessen der Arbeiter ausgehen, in diesem Sinne Politik zu machen, das scheint nicht Zweck der Übung zu sein. Dies wird auch noch dadurch bestätigt, daß man von der Minderheitsgruppe nie wieder auch nur ein Wort über den Chemie-KV und den Lohnabschluß gehört hat. Ihre "Zelle", die dem Namen nach dem Chemie-Bereich zugehörig ist, ist auch nie bei den Arbeitern aufgetaucht, um mit ihnen sowohl darüber zu reden, was sie eigentlich meinen, daß nötig wäre, und ob und wie es durchzusetzen ist. Praktisch hat sich die Minderheitsgruppe also ohnehin nie in die Sache eingeschaltet und so wie ihre gesamte Einstellung zur Politik zu sein scheint, so wird es ihnen auch diesmal herzlich egal gewesen sein, was hier für die Chemiearbeiter wirklich abläuft und wie man hier eingreifen kann. 2. erhebt sich schließlich die Frage, warum es die Minderheitsgruppe nicht überhaupt hat sein lassen. Warum hat sie diesen Artikel überhaupt verfaßt und veröffentlicht? Hätte sie - bezogen auf den Kampf der Arbeiter - dasselbe Ergebnis nicht auch ohne jedwede Äußerung zum Chemie-KV erreicht? Bestimmt. Es scheint also um andere Motive zu gehen. Und die scheinen vor allem darin zu bestehen, sich bei der bürgerlichen Gewerkschaftsführung anzubiedern. Wozu sonst das ganze haltlose Geschwätz darüber, daß die Forderung nicht so schlecht ist, daß jeder Arbeiter an ihr ein Interesse hat daß sie hundertmal besser ist, als eine andere usw. usf.?

Auch hier geht es wiedereinmal darum, statt eigenständige Politik zu entfalten, sich lieber irgendwelchen (in diesem Fall nicht einmal irgendwelchen) Kräften anzuhängen, die ohnehin bereits erkannt haben, wie man Einfluß gewinnt. Eine Begründung dafür wird übrigens in einem anderen Papier der Minderheitsgruppe nachgeliefert, in dem es heißt:

"Lange Zeit meinten wir z.Bsp. wir könnten die Lohnfrage dadurch richtig behandeln, daß wir die Forderungen der Gewerkschaft als zu gering abtun, und nach "kräftigen Lohnerhöhungen" verlangen, worin sich ja die 'Superrevolutionäre' (damit ist der KB gemeint, der Verf.) heute wieder üben, mit ihren willkürlichen (!) Forderungen nach 8-9% und ausreichenden Mindestbeträgen usw." Was heißt das positiv? Daß man die Forderungen der Gewerkschaft nicht als "zu gering" abtun (!) soll, daß man nicht "willkürlich" ausreichende Mindestbeträge fordern soll, daß man bei einer Teuerungsrate von 6,5% netto nicht "willkürlich" Bruttoerhöhungen von 8-9% fordern soll, daß man keine "kräftigen Lohnerhöhungen" fordern soll. Und warum? "Heute ist klar, daß wir gründliche Analysen anstellen müssen: Ausmaß der Lohnsenkungen, Entwicklung des Werts der Ware Arbeitskraft, Lohnverteilung, Lohnsummenverteilung, Konkurrenzbedingungen am Weltmarkt, Absatzlage, Profitrate, Arbeitslosigkeit usw. Das sind eine Reihe von Faktoren, die Einfluß haben auf die richtige Antwort, welche Forderung in welcher Höhe, mit welchem Kräfteaufwand von der Klasse erkämpft werden kann."

Die Minderheitsgruppe muß also erst Gott und die Welt untersuchen, bevor sie eine Forderung aufstellt. Gut und schön. Wieso schweigt sie aber nicht so lange? Wieso weiß sie bereits, bevor sie ihre Untersuchungen, die sie nicht einmal noch begann, abgeschlossen hat, daß unsere Forderungen falsch sind? Oder anders ausgedrückt: Wieso weiß sie bereits, daß man die Forderungen der Gewerkschaftsführung nicht als "zu gering" bezeichnen darf? Deshalb natürlich, weil sie sich ohnehin bereits für eine bestimmte Art der Politik entschieden hat, wie wir ja im Artikel über den Che-

mie-KV und auch im ersten Teil des obigen Zitats gesehen haben. Wissenschaftliche Untersuchungen darüber anzustellen, hat sie ohnehin nicht vor. Die braucht man als Rattenschwanz der FSG auch gar nicht. Und wenn man sie braucht, dann nicht als wissenschftliche, sondern als "wissenschaftliche" Untersuchungen, mit denen man dann das begründen wird, was man auch heute schon vertritt. Aber auch das kann eigentlich die FSG besser. Sie hat schon einige Übung darin, es aus der konkreten Entwicklung der einflußreichen Faktoren heraus zu begründen, warum beispielsweise eine Forderung von 700.- öS für alle nicht zu gering ist. Es ist daher sicher keine falsche Annahme, daß das Wesen der Gewerkschaftspolitik der Minderheitsgruppe darin liegt, Benja und Co. in den Arsch zu kriechen, bei gleichzeitiger Freiheit der Kritik selbstverständlich. Es ist ja auch diese Linie nicht so neu und wurde bereits von der Gewerkschaftskommission des alten KB eifrig praktiziert. Das Neue ist nur, daß diese alte opportunistische Politik gerade von der Gruppe betrieben wird, die als ihr wesentliches Charaktermerkmal angibt, daß sie nicht mehr blind alte Fehler fortsetzen will, was nun wohl darin zum Ausdruck kommt, daß sowohl der Artikel zum Chemie-KV, als auch das obige Zitat nicht etwa von dem alten revisionistischen Gewerkschaftskommissionsleiter stammt (der weiterhin im "ZK" sitzt), sondern ganz im Gegenteil von zweien seiner ehemaligen Hauptkritiker und -gegner vom "linken" Ufer.

Der Kampf um die "revolutionäre Orientierung der Gewerkschaftsbewegung" wird sich jedenfalls schwierig gestalten, wenn man diese "revolutionäre Orientierung" selbst nicht anzugehen vermag, oder nicht gewillt ist, dies zu tun.

Es ließen sich hier noch weitere Beispiele dafür anführen, wie sich in der Minderheitsgruppe unter radikalen Phrasen immer stärker ein Anbiedern an bürgerliche Kräfte feststellen läßt. So etwa, daß es "eine Frechheit" ist, daß "bei Bundespräsidentenwahlen" (!) "ein Kandidat wie Burger kandidieren darf" (!), was man wortwörtlich und bereichert um die Parole "Schande für Österreich" tagtäglich in der "Volksstimme" lesen konnte. So auch, wenn in der Mai-Flugschrift nach dem Motto "Wer schon nicht für die Revolution ist, der muß doch wenigstens für die Verbesserung seiner Lage sein" die Losung "Ohne Klassenkampf keine Verbesserung der Lage der Arbeiter" ausgegeben wird, usw. usf. Mangelnder Platz erlaubt es uns leider nicht, auch darauf näher einzugehen.

Aber auch ohne dies ist klar: Die großen Prinzipienreiter und gefürchteten Linienkämpfer sind plötzlich sehr billig zu haben. Würde man versuchen, für all die opportunistischen Drehungen und Wendungen eine theoretische Rechtfertigung zusammenzubasteln, es würde einen nicht wundern, käme dabei eine neue "Taktische Resolution" heraus. Warum auch nicht? Besteht doch die Leitung der Minderheitsgruppe nicht zuletzt aus dem Verfasser der Taktischen Resolution, sowie aus ihrem selbsternannten Hauptkritiker.

Wie läßt sich aber der rechte Opportunismus mit der superlinken Phrasendrescherei vereinbaren? An dem Problem wird die Minderheitsgruppe gewiß nicht zugrunde gehen. Sie hat es längst gelöst. Unsere obige Darstellung, in der wir uns auf den Opportunismus konzentriert haben, hat das wirkliche Bild des Auftretens der Minderheitsgruppe absichtlich "einseitig" dargestellt. Tatsächlich wird sich kaum ein Anlaß finden, bei dem die Minderheitsgruppe nicht rechten Opportunismus mit 'linken' 'Phrasen' verbindet. Und es ist ja in Wahrheit auch gar kein Widerspruch. Letztendlich geht es ja um nichts. Das Überbordwerfen aller revolutionären Prinzipien durch den rechten Opportunismus braucht ja deren völlige Entstellung und Aushöhlung durch den 'linken' Dogmatismus, wie einen Bissen Brot, während es gleichzeitig durch das Wegschieben jeglicher konkreter kommunistischer Politik das Vakuum schafft, in dem die ziellose und sektiererische Phrasendrescherei sich gehörig ausdehnen kann, ohne von selbst zu zerplatzen.

DIE MINDERHEITSGRUPPE - EINE SCHÄDLINGSORGANISATION

Es stellt sich abschließend die Frage, worin nun eigentlich der Zweck der Minderheitsgruppe besteht. Sie zu beantworten, wollen wir uns hier gar nicht anmaßen, sondern dies lieber den Mitgliedern der Minderheitsgruppe selbst überlassen. Allerdings wollen wir versuchen, ihnen einige Entscheidungshilfen zu geben.

Daß es sich bei der Minderheitsgruppe um "den KB" handelt, um die Organisation, die in Österreich eine revolutionäre Partei aufbauen will und - soweit sie kann - wird, glaubt heute kein Mensch. In Wahrheit glauben ja nicht einmal die eingeschworensten Mitglieder der Minderheitsgruppe wirklich daran, mögen sie auch noch so oft das Gegenteil beteuern.

Wer der KB ist, das ist in Österreich ebenso klar, wie klar ist, wer nicht der KB ist. Und daß dies so ist, liegt gewiß nicht daran, daß wir den Repräsentanten des alten KB "als Aushängeschild benutzen", wie sich die Minderheitsgruppe bereits beklagt hat, der leider kein "Repräsentant" übriggeblieben ist. Daß dies so ist, liegt doch in Wahrheit daran, daß wir tatsächlich entsprechend den Zielen und Aufgaben des KB, die sich seit seiner Gründung allgemein nicht geändert haben, tätig sind, während bei der Minderheitsgruppe tatsächlich das Gegenteil der Fall ist. Sie mag sich oft und öfter darauf berufen, daß ja eigentlich sie es ist, die vor der Spaltung die "legale Mehrheit in den gewählten Gremien" gehabt hat, mag sich noch so oft darauf berufen, daß sie - im Gegensatz zu uns - seit Gründung des KB keinerlei organisatorische Veränderung vorgenommen hat, und deshalb immer noch die alte Organisation darstellt. Den Moment allerdings, wo die rein formale Ebene allerdings verlassen wird, die allein ohnehin niemand interessiert und nichts entscheidet, den Moment dreht sich die Sache um. Den Moment steht die Minderheitsgruppe da, als Gruppierung, die sich zwar "KB" nennt, die jedoch dem KB zwischen 1976 und 1978 in nichts, aber auch schon gar nichts ähnelt. Sie hat ein völlig anderes organisatorisches Gefüge, sie hat einen völlig anders gearteten Apparat, sie hat in entscheidenden Grundfragen des KB zugegebenermaßen "heute" keine Ansichten, was allerdings bedeutet, daß sie (zumindest "heute") in diesen Fragen offenbar andere Ansichten hat. Ebenfalls zugegebenermaßen ist bei ihr Programm und Statut des KB nicht in Kraft, außer auf dem Papier. Im Gegensatz zum KB hat sie sich aus der praktischen Politik völlig zurückgezogen und betreibt keinerlei Massenarbeit. Und wovon all dies letztendlich der Ausdruck ist: Im Gegensatz zum KB dominiert bei ihr gerade das, was, solange es im KB existiert hat, ausschließlich gegen die Existenz des KB gerichtet war und sowohl objektiv, wie auch - seit dem letzten Schritt der offenen Rechten klargeworden - subjektiv.

Betrachtet man aufmerksam die Selbstdarstellung der Minderheitsgruppe, wird man übrigens leicht erkennen können, daß diese Tatsache ohnehin klar auf dem Tisch liegt. Zur Politik die Haltung einzunehmen, daß erst einmal alle Grundfragen geklärt werden müssen, bevor man sie auch machen kann - wie kann man deutlicher zugeben, daß man zwar alles Mögliche sein kann, nicht jedoch eine revolutionäre Organisation. Aber auch das wird ja in Wahrheit zugegeben. In der Mai-Flugschrift heißt es unter anderem: "Am Ziel des Parteiaufbaus hat sich nichts geändert, wohl aber an den Bedingungen". Kurz gesagt: Man ist zwar, was ja jeder Person in Österreich ohne jedwede Konsequenzen möglich ist - "für den Parteiaufbau", aber man kann heute nicht mehr für ihn kämpfen, wie früher. Denn: "Neuerlich geht es darum, um die Einheit der marxistisch-leninistischen Bewegung ... zu kämpfen". Neuerlich im Gegensatz wozu? Neuerlich im Gegensatz zur Zeit von 74 bis 80, in der es - rückblickend gesehen - ja eine Einheit der Marxisten-Leninisten gegeben hat.

Daß man dies heute nicht mehr so betrachtet, zeigte sich in einer Reihe von Fragen, die wir bereits behandelt haben und es zeigt sich schließlich offen im obigen Zitat. Die Minderheitsgruppe betrachtet sich ohnehin gar nicht als die marxistisch-leninistische Organisation Österreichs. Wieso aber verwendet sie so viel Energie darauf, Glauben zu machen, sie wäre identisch mit dem KB, der ja bekanntlich immer schon die Organisation der Einheit der österreichischen Marxisten-Leninisten war? Vielleicht gar aus den schon oben kurz gestreiften rein formalen Gründen? Das können wir nicht glauben.

Wir müssen an die Minderheitsgruppe aber noch eine Frage richten. Warum all dies völlig unbegründete Theater, wo es doch den KB weiterhin gibt?

Wenn wir von all den idiotischen formalen "Vorwürfen" absehen, die die Minderheitsgruppe bisher gegen uns erhoben hat, wie, wir wären nicht die Mehrheit (was man heute ohnehin nicht mehr sagen kann), oder wir hätten Leitung, Organisationssitz, Apparat etc. ausgewechselt, wenn man also von all dem absieht was ohnehin für die Beurteilung ob es den KB gibt und wer er ist, völlig belanglos ist, dann finden wir nichts, aber auch rein gar nichts, womit die Minderheitsgruppe bisher

bewiesen hätte, oder wenigstens subjektiv zu beweisen versucht hätte, daß wir nicht der KB sind. Die Minderheitsgruppe möge nun nicht antworten, sie habe dies deshalb nicht getan, weil sie uns ja weiterhin im Sinne der bekannten "größtmöglichen Einheit" als Marxisten-Leninisten betrachte. Weil eine Gruppe marxistisch-leninistisch ist, deshalb ist sie noch lange nicht der KB. Der KB hat ein ganz bestimmtes, klares Programm, eine ganz bestimmte, klare Organisationsform und er betreibt und hat immer schon betrieben eine ganz bestimmte und klare Tätigkeit. Es ist wirklich nicht schwer, darüber zu urteilen, ob eine Gruppe nun der KB ist, oder nicht.

Trotzdem gibt es nicht einmal den Versuch zu beweisen, daß wir nicht der KB sind, während man sich selbst immer wieder als KB darstellt. Warum? Es liegt sicherlich nicht bloß daran, daß es unmöglich ist, denn die Minderheitsgruppe hat schon ganz andere unmögliche Aufgaben bewältigt, oder zumindest so getan, als ob.

Wenn es schon so ist, daß man der Meinung ist, daß der KB ohnehin nie in den entscheidenden Fragen den Marxismus-Leninismus praktiziert hat, wenn es schon so ist, daß man der Meinung ist, die Traditionen des KB, "das Alte", seien ohnehin samt und sonders schlecht, wenn man schon der Meinung ist, die entscheidenden Fragen des Marxismus-Leninismus sind heute unbeantwortet, wenn man schon der Meinung ist, heute geht es darum, wie vor 1974 die Einheit der Marxisten-Leninisten "neuerlich zu erkämpfen, wenn man als Gruppe ehemaliger KB-Mitglieder daraus auch bereits die praktischen Konsequenzen gezogen hat, alles zu beseitigen und zu liquidieren, was mit dem KB zu tun hat, wieso eigentlich setzt man auch nicht - wie etwa die offenen Rechten, denen man jedenfalls Unehrlichkeit diesbezüglich nicht vorwerfen kann, die letzte Konsequenz, erklärt den KB, den es ja weiterhin gibt für einen Revisionistenhaufen, einen Sektiererklüngel, oder was auch immer, und gibt offen und ehrlich zu, daß man etwas anderes will?

Die Antwort auf diese gewiß nicht komplizierte Frage mögen die Mitglieder der Minderheitsgruppe selbst finden. Eines aber ist klar. Objektiv läuft diese Art der Maskierung auf nichts anderes hinaus, als dem KB zu schaden. Es kann nichts geben, was mit dieser Art positiv angestrebt oder erreicht werden kann, als dem KB Schaden zuzufügen, so gut es nur irgendwie geht. Soweit man also die Ansprüche der Minderheitsgruppe anerkennt, müßte man sich konsequenterweise vom KB distanzieren. Stellen wir aber nun die Frage umgekehrt. Wie, wenn man vor allem die Ziele und die Grundlagen der Politik des KB anerkennt, oder zumindest bis zur Spaltung getan hat. Wie muß man sich dann verhalten?

Kommunist kann man nur im KB sein!

In oben angeführtem Fall muß man sich von der Minderheitsgruppe entfernen, und sich dem KB wieder anschließen. Nehmen wir uns die "Argumente" vor, die von den Chefs der Minderheitsgruppe gegen den KB vorgebracht werden, müssen wir erkennen, daß sie im grunde genommen wirklich lächerlich sind; jedenfalls, in bezug auf die Frage, ob man sich dem KB anschließen soll, oder nicht.

An der Spitze steht dabei immer, daß es sich beim KB um "blinde" und "wilde Spalter" handelt, die "die Spaltungslinien falsch gezogen" haben, die nicht zwischen Freund und Feind unterscheiden können" usw. usf. Erstens ist es natürlich so, daß gerade die Entwicklung seit der Spaltung gezeigt hat, wie richtig und wie überfällig unser Schritt war. Der Charakter der offenen Rechten hat sich inzwischen offen erwiesen. Es ist offen erwiesen, daß wir recht hatten, als wir sagten, es handle sich bei ihnen, ungeachtet der Lauterkeit ihrer jeweiligen Motive um Feinde der Organisation, von denen man sich trennen muß. Und es ist offener Betrug, wenn nun manche Chefs der Minderheitsgruppe, denen ihr Linienkampfmodell wie Sand unter den Augen zerronnen ist, behaupten, die endgültige und offene Absage der offenen Rechten an Kommunismus und Parteiaufbau sei bloß Produkt davon, daß man sie nicht richtig behandelt habe. Es ist blanker Betrug der Absicht nach und blanker Idealismus der Sache nach, gerade heute so etwas zu behaupten. Es ist auch erwiesen, wie richtig es von uns war, schnell und unter Anspannung aller Kräfte die Organisation zu reorganisieren bzw. neuaufzubauen. Wo stünden die österreichischen Kommunisten heute, hätten wir das nicht gemacht? Es gäbe dann zwei unorganisierte Haufen, jedoch keine kommunistische Organisation.

Zweitens ist es natürlich vollkommen lächerlich, die Frage, ob man sich einer Organisation anschließt, oder nicht, danach zu beurteilen, wie diese Organisation entstanden ist. Bei jeder Spaltung hat es Leute gegeben, die erklärt haben, die Spaltung sei zu früh erfolgt. Und es hat nie lange gedauert, bis sich diese Leute geteilt haben, in solche, die sich den neuen Kräften aus politischen Gründen angeschlossen haben und solche, die es zu den größten Hetzern gegen die neuen Kräfte gebracht haben. Ein Beispiel dafür ist die Abspaltung der KPÖ von der Sozialdemokratischen Partei. Zur Gründung der KPÖ hat sich sowohl die Gruppe um Friedrich Adler, als auch die Gruppe um Leo Rothziegel ablehnend verhalten. Aus "taktischen Gründen", weil man die Spaltung hätte anders machen müssen, weil in der Sozialdemokratie die bürgerliche Führung noch nicht von den Mitgliedermassen getrennt war, weil man den Kampf in der Sozialdemokratie hätte "konsequenter" führen müssen, usw. Als sich jedoch die Leute um Adler dafür entschieden, antikommunistische Hetzer zu werden, während sich die anderen dafür entschieden, revolutionäre Kämpfer zu werden, da geschah dies natürlich nicht aus Gründen der Übereinstimmung, bzw. Nichtübereinstimmung mit den konkreten Umständen, unter denen die Gründung der KPÖ vorgenommen wurde, sondern aufgrund einer Beurteilung der Politik der KPÖ. Ein anderes Beispiel: Als sich die MLS von der KPÖ trennte, blieben auch in der KPÖ eine ganze Menge Leute zurück, die "bloß" der Meinung waren, der Zeitpunkt, die Begründung und die Art der Trennung wäre falsch gewesen. Unter diesen Leuten befanden sich damals last not least der heutige Vorsitzende des KSV und der heutige Vorsitzende der KJÖ, die heute sicher nicht deshalb zu den antikommunistischen Haupthetzern in Österreich zählen, weil sie zwar nach wie vor für MLS und KB, jedoch für eine andere Art der Spaltung gewesen wären.

Ob man sich heute dem KB anschließt, oder nicht, muß man danach beurteilen, worin der Charakter des KB besteht und was man als Kommunist - so man diesen Anspruch aufrechterhalten will - zu tun hat. Es ist dies natürlich ein Kapitel, über das sich die Chefs der Minderheitsgruppe gut und gerne ausschweigen. Das braucht aber für niemand sonst ein grund sein, es ebenso zu tun.

Wer also ein Kommunist ist, bzw. wer einer sein will, muß sich die Frage stellen, wo heute sein Platz ist: Im KB, der den Parteiaufbau praktisch anpackt und der dazu auch alle braucht, die ehrlich für den Parteiaufbau sind, oder in der Minderheitsgruppe, die sich selbst in die "Steinzeit" zurückversetzt und den Kampf um den Parteiaufbau in die Zukunft verlegt hat. Die sich binnen drei Monaten in einen derart liquidatorischen, opportunistischen, durch und durch bürgerlichen Haufen verwandelt hat, daß einem ihr gegenüber der Vorspaltungs-KB direkt als bolschewistische Partei vorkommen muß.

Als Kommunist muß man sich davor hüten, sich aufgrund derart schwachsinnigem Gewäschs von der revolutionären Organisation, von den Kommunisten abspalten zu lassen. Als Bürgerlicher, welches Mäntelchen auch immer man gerade umhängen hat, wird man sich darüber nicht zu grämen brauchen.

Es gibt aber noch weitere "Argumente" die bei den Minderheits-Chefs gang und gäbe sind. Zum Beispiel das, daß bei uns ja "gerade die" sind, die immer schon für den Revisionismus im KB verantwortlich waren. Nun, abgesehen davon, daß dieses Argument etwas im Widerspruch dazu steht, daß immer weder erklärt wird, wir seien das Produkt einer kleinen ehemaligen ZK-Minderheit. Man kann tatsächlich sagen, daß bis zur Spaltung das ganze alte ZK den Revisionismus praktiziert hat. Was sich durch die Spaltung allerdings geändert hat, ist, daß der Teil des alten ZK, der bei uns ist, offensichtlich die Konsequenzen aus der Erkenntnis dieser falschen Politik gezogen hat, was jeder, der sehen will, auch leicht sehen kann. Interessant übrigens, daß der andere Teil des alten ZK gerade zu dem Zeitpunkt draufgekommen ist, wer die "Hauptverantwortung" trägt, als diese "Hauptverantwortungsträger" damit begonnen haben, ihre Fehler zu erkennen und Selbstkritik nicht nur in Worten, sondern auch in Taten zu üben. Warum man wohl darauf nicht schon früher gekommen ist?

Man könnte die Frage aber auch umdrehen und sich fragen, was eigentlich der andere Teil des alten ZK, der heute so voll der Selbstkritik ist daraus für praktische Konsequenzen gezogen hat.

Das Hauptargument aber, dessen sich die Minderheitschefs bedienen, haben sie von L.K. und E.St. geerbt, die es ja nun wirklich nicht mehr brauchen. Es besteht darin daß der KB dadurch charakterisiert ist, daß er gedankenlos und bedenkenlos - die Gründe dafür zu nennen blieb man bisher leider schuldig - daß er also gedankenlos und bedenkenlos "die alte falsche Politik" praktiziert, während im Gegensatz die

einandersetzungen in der Gewerkschaft suchen. Während die ÖGB-Steuerreformdiskussion gerade ihre Forderungen umrissen hat (einige Tage vor Erscheinen dieses Druckwerkes), wird dort verkündet, daß Benja "ein offenes Ohr" für die Regierung hat, damit aber noch nichts gesichert sei. Der Auftakt der "Zeitung" ist bereits ihr Höhepunkt – in nichtssagendem Geschwätz und Banalitäten. Hinter den Banalitäten aber grinst das Liquidatorentum hervor und lacht einen der intellektuelle Kiebitz an, der wieder einen seiner Kommentare irgendwo abgesetzt hat.

Ein zweiter Schwerpunkt des Druckwerks ist der mehr als zwei Seiten umfassende Artikel zur Metallarbeiterlohnrunde. "Metall-Lohnrunde: Kapital plant Lohnsenkung auf breiter Linie" Abgesehen davon, was eine "breite Linie" ist, außer einer verbalen Unterstreichung, ist es schwer denkbar, daß bei der Lohnrunde der Metallarbeiter keine Lohnerhöhungen, sondern Lohnsenkungen beschlossen werden sollen. Tatsächlich treibt das Kapital die "Lohnsenkung" – aber eben gerade nicht direkt, sondern indirekt, als Lohnabbau vermittels der Inflation – die ganze Zeit über voran. Bei der Lohnrunde geht es darum, ob dem begegnet wird, oder nicht. Über die wirklichen Lohnverhältnisse findet man außer einigen Zahlen aus der Statistik der Bundeswirtschaftskammer nichts, daher auch keine Forderungen. Forderungen wären bekanntlich sowieso "aus der Luft gegriffen". Naja, für gewisse Kreise stimmt es ja auch! Nicht aus der Luft gegriffen ist anscheinend eine Kritik an einem 6%-Abschluß, von dem zwar niemand etwas gesagt und auch niemand gefordert hat, aber was sich anscheinend berechnungsmäßig gerade als gündtig herausgestellt hat. Die Lohngruppen 7 und 8 werden ganz vergessen, aber dafür die Abschaffung der Lohngruppe 6 verlangt. Warum das? Vielleicht ist das eine Art der Behandlung der Frauenfrage, sind doch in der 7er und 8er weniger Frauen, als Ausländer und Jugendliche. Durch das ausdrückliche Festhalten an den Lohngruppen 7 und 8 besteht dann aber natürlich die Gefahr, daß Abschaffung der LG 6 dazu führt, daß die Betroffenen nach 7 hinuntergedrückt werden. Daher muß Aufstieg der 6er in die 5er gefordert werden. Und wie es der Teufel haben will, hat die Autorin die beiden Zahlen verwechselt und daher die Forderung aufgestellt: "Auflösung der Lohngruppe 5 in die Lohngruppe 6!" Sicher nur ein Irrtum. Aber: Wann kann wem ein solcher Irrtum passieren? Was sagt ein solcher Irrtum aus? Auch sonst strotzt der ganze Artikel von grenzenloser Unkenntnis und Schlamperei. "Die Löhne liegen über der Inflationsrate" – wie bitte? Der Akkord wird im Verbraucherpreisindex nicht berücksichtigt, weshalb der Index verfälschend sei – eine seltsame Forderung an einen Preisindex! Die Gewerkschaft hätte bisher knapp über der Inflationsrate abgeschlossen – wo?, bei welchem Abschluß der letzten Monate? Mindestbetrag oder Sockelbetrag – da wird kein Unterschied gemacht – , dazu kommen merkwürdige "Differenzierungen", die sich wohl nur aus sprachlichen Wendungen und nicht aus irgendwelchen Tatsachen ergeben: Der Chemie-Abschluß "bringt netto für die unteren Lohngruppen Fortsetzung des Reallohnabbaus" – und für die oberen? – "für die Facharbeiterlöhne jedenfalls eine gewaltige Senkung des Lohnniveaus". Verstehe das, wer kann! Man könnte auch noch auf die absurde Grafik der Inflation verweisen, wo Jahresabstände des Verbraucherpreisindex in Monatsintervallen aufgetragen werden, so daß die einzige sinnvolle Aussage der Grafik wäre, daß seit August 1979 die Inflation 38,8% beträgt ... und ein Abschluß über der Inflationsrate daher etwas Beträchtliches sein müßte. Aber fassen wir lieber die Hauptfehler dieses Machwerks zusammen:

Erstens wird Lohnabbaupolitik propagiert, denn ein "Abschluß über der Inflationsrate" bedeutet, da bekanntlich brutto und nicht netto abgeschlossen wird, eine Nettoerhöhung unter der Inflationsrate, es sei denn, es ist sehr hoch über der Inflationsrate gemeint (etwa wie unsere 9%-Forderung), aber das ist ja bekanntlich für die Herrschaften Verfasser "superrevolutionär" und "willkürlich".

Zweitens wird die ganze Frage der Lohnpolitik – ganz wie es die ÖGB-Sozialdemokraten tun – auf die Reallohnfrage eingeengt und "Verteidigung des Reallohns" zum Um und Auf der Lohnpolitik gemacht. Das hat eine alte Tradition im alten KB und ist eine alte Domäne des Revisionismus. Die Sicherung des Werts bzw. Preises der Arbeitskraft soll schauen, wo sie bleibt! Das allein heißt schon, der Steigerung der Ausbeutung nichts als die Milderung der ständigen Verschlechterung entgegenhalten.

Drittens wird eine opportunistische Haltung zur Gewerkschaftsführung eingenommen. Ihre Politik sei "nicht ermutigend" – für wen? Wer braucht solche "Ermutigung"? "Wenn die Gewerkschaftsführer daran denken", die unteren Lohngruppen "mehr anzuheben", dann "ist das gut"? Aber: Denken sie daran? und zweitens: Wenn sie daran

denken, warum? Vielleicht um dadurch – wie in der Chemiebranche – einen Lohnraubabschluß sondergleichen eine "solidarische" Schminke aufzutragen? War der Chemieabschluß etwa "gut"? Bahnt sich hier nicht schon wieder – wie bei der Chemie – die glatte Arschkriecherei gegenüber der Gewerkschaftsspitze an? Wem soll solche Phraseologie nutzen?

Viertens: Wieso werden die Lohngruppen 7 und 8 "ausgeklammert"? Kurz und gut: Auf der ganzen Linie ist so etwas einerseits unnütz, andererseits schädlich. Es dreht sich um "linke" Begleitmusik zum sowieso sich abzeichnenden Verlauf der Dinge und um Schützenhilfe für die SP-Politik, die an allen wichtigen Punkten umgangen und beschönigt wird. Für einen langjährigen SPÖ-Funktionär würde ein solcher Artikel anzeigen, daß er sich allmählich von der in seiner Partei herrschenden Politik wegbewegt. Aber was zeigt es für ehemalige Kommunisten an?

Ein weiterer großer Streitpunkt im alten KB war die Unterstützung des Demokratischen Kampuchea. Die Revolutionäre waren dafür, die Revisionisten wollten mit den "Pol Pot – Banden" nichts zu tun haben. Manche wollten in Worten schon, aber bloß in Taten nichts damit zu tun haben. Diese "Manchen" haben nun eine Zeitung herausgebracht. Darin findet man über Kampuchea nichts. (Ebenso nichts übrigens auch über Afghanistan). Es ist die Offensive der Befreiungsstreitkräfte im Gang. Aber kein Wort in diesem Druckwerk. Verstehen kann man es freilich schon. Müßten sie sich nicht in Grund und Boden schämen, daß sie keinen Finger rühren und keinen Groschen spenden für das Demokratische Kampuchea, sieht man von dem lächerlichen Betrag in der Höhe von 3000.- öS ab, die sie dem Vertreter des Pariser Komitees der Patrioten Kampucheas bei unserer Wiener Solidaritätsveranstaltung überreichten, müßten sie sich nicht umso mehr in Grund und Boden schämen, je mehr sie über den Kampf des Demokratischen Kampuchea berichten? Wäre nicht jedes Wort eines solchen Berichtes eine einzige Anklage gegen die Politik dieser Gruppierung? Sie haben daher aus begreiflichen Gründen vorgezogen, zu schweigen. Nicht schweigen konnten sie allerdings zu unserer Unterstützungsarbeit. Also haben sie einen Brief vom 11.6. abgedrucktgedruckt, in dem gefordert wird, daß sie sich an unsere Arbeit anhängen können. Das ZK unserer Organisation hat diesen Brief am 17.6. beantwortet und auch verlangt, daß nicht bloß er im revisionistischen sogenannten "Klassenkampf" abgedruckt würde, sondern eine Stellungnahme des "ZK" dieser Minderheitsgruppe, was sie für das Demokratische Kampuchea zu tun gedenken und welchen konkreten Inhalt infolgedessen eine "Zusammenarbeit" haben soll. Darauf ist bis jetzt keine schriftliche Antwort gekommen. Allerdings sind von diversen Chefs mündliche Antworten gekommen: Sie hätten "im Moment" keine Pläne und keine Kräfte für die Unterstützung des Demokratischen Kampuchea. Eben! Aber ist es diesen Leuten nicht peinlich, in ihrem "Zentralorgan" nur diesen Brief abzudrucken – in dem übrigens, beiläufig gesagt, an keiner Stelle von Unterstützung des Demokratischen Kampuchea, sondern immer bloß vom "kampucheanischen Volk" die Rede war.

Einige Beiträge gibt es auch zum Imperialismus im allgemeinen und im besonderen "Variationen über ein Thema" könnte man zum Beispiel den Beitrag "Die 'immerwährende Neutralität' – unzureichende Schranke gegen imperialistische Bündnispolitik" nennen. Ohne ins Detail zu gehen: Hauptaussage des Artikels: Österreich ist ein imperialistisches Land. Das ist richtig und nicht zu bestreiten, bloß ein bißchen wenig für eine ganze Zeitungsseite. Alles weitere aber ist falsch. So wird dort die Anerkennung der PLO durch die österreichische Regierung als besonders abgefeimte Niedertracht des österreichischen Imperialismus ausgegeben, statt als Ergebnis des Kampfes der Dritten Welt. Faktisch wird damit – wie in dem ganzen Artikel – Kreisky zum Giganten hochstilisiert, der in der ganzen Welt herumwerkt, während der Kampf der Dritten Welt heruntergespielt, ja direkt vergessen wird. Der Imperialismus ist alles, die unterdrückten Völker sind nichts, sondern nur Manövriermasse. Daß das dem Kreisky so erscheint, ist – zwar auch nicht unbedingt klar, aber immerhin verständlich. Aber wieso in einer Zeitung namens "Klassenkampf"? Zweitens: Keinerlei Unterschied wird gemacht zwischen einem Kreisky und anderen Imperialisten, zum Beispiel Carter oder Breschnew. Faktisch wird geleugnet, daß die Zweite Welt nicht dasselbe ist als die Erste. das ist ohnehin eine der Grundideen der "Revolutionäre", daß Imperialismus gleich Imperialismus ist – jetzt haben sie es halt in ihrer Zeitung geschrieben. Man hat wirklich das Gefühl, daß die österreichische Bourgeoisie und die Regierung Kreisky ganz schön was zu sagen haben auf der Welt. Sie handeln da frei von Agressionen seitens der Supermächte, sie "vertagen ihre Bündnisent-

scheidung", sie machen taktische Manöver auf der ganzen Welt ... Wo aber eine imperialistische Bourgeoisie wie die österreichische übertrieben wird, dort muß dem entsprechen, daß die Rolle der Supermächte unterschätzt wird. Und so ist es auch. Insbesondere die der Sowjetunion. Wo es nur geht, die tatsächliche Politik der Sowjetunion zu beschönigen, wird es gemacht. In dem gesamten Artikel geschieht es dadurch, daß der Gedanke, daß die heutige österreichische Außenpolitik der Sowjetunion nütze, weit von sich gewiesen wird (die "Bündnisentscheidung" ist ja "vertagt"), daß die sowjetische Gefahr für die Unabhängigkeit Österreichs nur auftaucht in der absurden Form des "Hilferufs" der österreichischen Regierung an Moskau, wodurch die wirkliche Bedrohung und Infiltration vollständig verwischt wird, daß „die österreichische Politik sozusagen im luftleeren Raum angesiedelt wird. Dasselbe Gefühl hat man aber auch bei anderen Artikeln, wie z. Bsp. dem über die EG-Politik, wo zwar in der Überschrift beide Supermächte vorkommen ("Europäische Imperialisten überdenken Politik zu den Supermächten"), aber vom "Überdenken" der Politik zur Sowjetunion im weiteren nichts kommt. Ist das vielleicht deshalb so, weil die Politik gegenüber der Sowjetunion gar nicht überdacht wird? Wieso aber dann der Titel? Ebenso ist es letztlich, wenn auch hier vielleicht ungewollt, eine Schützenhilfe für die Sowjetunion, wenn in einem Artikel über die Islamische Konferenz in Islamabad zwar an einer Stelle von Spaltungsversuchen der Sowjetunion die Rede ist, über diese aber dann nichts Näheres steht. Dafür wird der US-Imperialismus umso mehr gegeißelt und seine "Kreuzzugspläne". So wird auch die tasächliche Stoßrichtung der Islamischen Konferenz (wer hat die islamischen Länder angegriffen, wer betrieb Spaltungsmanöver, gegen wen mußten sie sich wehren?) verwischt. Man sieht also deutlich, was dabei herauskommt, wenn dem Kampf gegen die beiden Supermächte und insbesondere dem Kampf gegen die Sowjetunion der Kampf gegen den "Imperialismus" überhaupt, abgesehen von seiner konkreten Gestalt, entgegengestellt wird. Und man hat es ja - siehe oben - auch praktisch schon gesehen. Ob man hinter einem (trotzkistischen) Transparent "Schluß mit den Repressalien gegen die SU" demonstriert, ist dann nur mehr eine "taktische Frage", ein Widerspruch "im Volk".

Die Existenz der Zeitung, von der hier die Rede ist, kann man nur begrüßen. Im Volk vertrieben wird sie ohnehin kaum, so daß sich ihr Inhalt nicht besonders auswirken wird können. Andererseits wird durch sie ein authentisches Bild des Charakters und der Politik dieser Gruppe gezeichnet, welche Ideologie sie vertreten, welche Politik sie propagieren, vor allem auch, was sie vorhaben. Abgesehen von zwei, drei Artikeln hat man die ganze Zeitung hindurch den Eindruck, sie wäre in Zwangsarbeit zustande gekommen, von dazu Verurteilten, eine Seite mit irgendetwas zu füllen. Sie atmet von der ersten bis zur letzten Seite den Geist einer "Strafaufgabe". Man kann sich schwer vorstellen, daß irgendjemand diese Zeitung für positiv oder auch nur für einen "neuen Anfang" hält. Ein Spiegelbild des Zustandes dieser Minderheitsgruppe wurde hiermit der Öffentlichkeit vorgelegt!

Kommt davon noch eine weitere Nummer? Man wird sehen. Ein 14-tägiges Erscheinen "wird angestrebt". Soweit man an der ersten Nummer sehen kann, müssen allerdings zwischen dem Schreiben der Artikel und dem Erscheinen allein schon 14 Tage vergangen sein. "Aussehen", "Gestaltung" und "Umfang" werden sich - heißt es im Editorial - "in Hinkunft von der nun vorliegenden Ausgabe unterscheiden". Die "künftigen Aufgaben, die Gestaltung, die redaktionelle Bearbeitung und auch der Titel" werden gerade in der "Organisation" beraten. Vermutlich werden die bereits seit Monaten währenden Beratungen durch die Urlaubszeit rigoros unterbrochen werden und in kleinerem Kreis im Herbst, je nachdem wer und wieviele sich dann noch zusammenfinden werden, fortgesetzt werden. Titelvorschläge sind übrigens - da die "Leser" zwar um ihre Meinung gefragt, aber über die existierenden Vorschläge nicht informiert werden, - tragen wir das hiermit nach - unter anderem "Der Funke" und "Der Widerspruch". Ist das nicht viel undogmatischer und offener als "Klassenkampf"? "16 Seiten" wäre übrigens auch kein schlechter, vor allem ein zweifelsohne zutreffender Titel. Er wäre weiters nicht nur eine Tatsachenangabe, sondern würde durchaus auch den Inhalt der Zeitung präzis charakterisieren. Auch könnte man ihn leicht modifizieren in "12 Seiten" oder "8 Seiten" oder was auch immer ...